

Herne Anzeiger

Druck u. Verlag: Koster & Rottke, Herne, Westf., 8. neben der Hauptpost
Gesamt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Verkaufspreis
halbmöndl. M. 1.08, monatl. M. 2.15, frei ins Haus gebracht. / Postbezugs-
konto: Dortmund 1902. / Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Dr. Leo Reimers, für den Anzeigen- u. Reklameteil: Carl Bartels in Herne.

Kreisanzeiger für den Stadtkreis Herne
Gobinger Anzeiger, Gerthor Anzeiger

Kostenlose Unfallunterstützung von M. 250.- bei tödlichem Verunglückten nach Maß-
gabe besonderer Bedingungen, die in unserer Geschäftsstelle erhältlich sind.

Anzeigenpreise: 1 mm Raumhöhe lokal 7 Wg., auswärts 8 Wg., Arbeits-
und Wohnungsmarkt 6 Wg. 1 mm Raumhöhe, im Kellern 30 Wg.
Der auf die Inserate eingezeichnete Nachschub oder Nachschub wird bei
Konkurrenz und gerichtlich Klage hinfällig. / Fernsprechk. Anschlag:
Samml.-Nummer 52541 / Telegramm-Adresse: Anzeiger Herne.

Nr. 39 (Erstes Blatt)

Mittwoch, den 15. Februar 1933

28. Jahrgang

Im Zeichen des „Systems“ von heute Die Vorgänge im Ueberwachungsausschuss / Das letzte parlamentarische Instrument lahmgelegt Sachlich-praktische Volksarbeit ausgeschlossen

Die Sprengung des Ueberwachungs-
ausschusses durch die Nationalsozialisten
hat dazu geführt, daß jetzt überhaupt keine Ver-
tretung des Volkes mehr vorhanden ist, um
die Tätigkeit der Exekutivmacht zu überwachen. Der
unerbörte Vorgang hat den Vorsitzenden der Deutschen
Zentrumsfraktion, Prälat Dr. Kaas, veranlaßt, im
geschäftsführenden Vorstand der Zentrumsfraktion, der
am Dienstag in Berlin tagte, folgende Erklärung
abzugeben:

„Ich habe gehört, daß die Absicht bestand, seitens
des Vorstehenden des Ausschusses in einem Nachruf
der Tagespresse von Neuntischen zu sprechen, und
daß die Zentrumsfraktion einen Antrag
vorgelegt hätte, worin die Reichsregierung ersucht
wurde, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun,
damit die Not der durch das furchtbare Unglück so
schwer betroffenen Bevölkerung gelindert würde.
Die ruhige Erledigung dieser allen Deutschen sicher-
lich gemeinsamen Angelegenheit ist durch gewalt-
tätiges Vorgehen gestört worden. Ich stelle fest,
daß infolge der hahnenstülpischen Methoden,
die zum Durchbruch gekommen sind, es nicht ein-
mal mehr möglich ist, sich über Gräber von
verunglückten Brüdern die Hand zu reichen.
Wohin sind wir im deutschen Volke
gekommen, wenn der Haß noch einmal zu
schwinden vermag angesichts eines so erschütternden
Unglücks, das unsere deutschen Brüder an
der Saar getroffen hat. Es bleibt mir nur übrig,
meinem tiefsten Bedauern Ausdruck zu geben.
Die Vertreter der Zentrumsfraktion haben an diesen
Vorgängen keine Schuld. Unsere Freunde im Lande
die ganze Saarbevölkerung mögen wissen, daß wir
bereit waren, mit allen, die guten Willens waren,
gemeinsam zu handeln. Was wir gewollt und was
im Ausschuss nicht gelang, wird auf anderem Wege
ganz selbstverständlich weiter verfolgt werden.“

Ueber die Vorgänge wie über die Proteste gegen
das unparlamentarische Verhalten der NSDAP, be-
richten wir gefolgt. Wie wir erfahren, beabsichtigt
der Vorsitzende des Ausschusses, des Reichspräsidenten
von Hindenburg unmittelbar um Schutz
gegen die Gewalttätigkeiten der Nationalsozialisten
im Ausschuss anzufordern. Durch
die erneute Sprengung des Ausschusses ist die Unter-
stützung des Hilfsfonds und die Beratung von
Zentrumsanträgen, die wir weiter unten mitteilen,
unmöglich gemacht worden.

Zu einem Empfang, den Vizekanzler von Papen
der saarländischen Presse in Saarbrücken
gab, waren die Vertreter der saarländischen Zentrums-
presse nicht erschienen. Zur Begründung des Nicht-
erscheinens der Zentrumspresse wird in einer länge-
ren Erklärung darauf hingewiesen, daß der meiste
große Teil der saarländischen Bevölkerung mit ganz
großem Befremden von den zahlreichen Minister-
reden Kenntnis genommen habe, in dem jeder als
nicht national bezeichnet wurde, der sich nicht zur
schwarz-weiß-roten Front bekennt. Die schwarz-wei-
rote Front habe bei den letzten Wahlen im Saar-
gebiet insgesamt 12,4 Prozent der Gesamtstimmen
aufgebracht. Gerade der Saarländer, der also in
seiner überwiegenden Mehrheit sich zu anderen
Parteien als den Nationalsozialisten und Deutsch-
nationalen bekenne, habe in den vergangenen Jahren
durch Wiederaufbauarbeit seine nationale Hal-
tung bewiesen. Man könne es sich an der Saar
nicht gefallen lassen, immer wieder von den zur
Zeit herrschenden Kreisen verdächtigt zu werden. Das
Nichterscheinen der Zentrumspresse bei Papen sollte
diesem Protest deutlich Ausdruck geben.

Ueberwachungsausschuss erneut aufgelöst

2. Berlin, 14. Febr. 1933.

Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat
der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der
Reichsregierung unter dem Vorsitz des Abg. Loebe am
Dienstagmittag wieder zusammen. Als Loebe die
Sitzung für eröffnet erklärte, legte bei den National-
sozialisten tosender Beifall, der minutenlang andauerte,
Voebe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuss
abzugeben.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) erhob sich darauf von
seinem Platz, um eine Erklärung abzugeben. Dr. Frank
begab sich dann zu dem Platz des Vorstehenden Loebe und
verdrängte diesen von seinem Platz.

um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die
Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten ver-
ließen darauf den Saal.

Abg. Dr. Frank II erklärte darauf nochmals die
Sitzung, und zwar mit einem Nachruf für die Opfer der
Katastrophe von Neuntischen. Dann erklärte er die
Sitzung des Ausschusses zum Zeichen der Trauer für ge-
schlossen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden, als
sie den Saal verließen, von den Nationalsozialisten be-
schimpft. Der volksparteiliche Abg. Morath,
der sich gleichfalls der Ausgangstür genähert hatte und
eine Zigarre rauchte, wurde von einem nationalsozia-
listischen Abgeordneten tätlich angegriffen. Er erhielt
eine Fausthieb in den Rücken. Als er sich das energisch
verbat, wurde er von den Nationalsozialisten aus dem
Saal gedrängt.

Unter allgemeiner Unruhe gingen die Ausschussmit-
glieder auseinander.

Im Anschluß an die Sitzung des Ueberwachungs-
ausschusses hielten die Vertreter der Sozialdemo-
kraten mit den Vertretern der Mittelparteien
eine Sonderbesprechung ab, um zu den Vorgängen im
Ausschuss Stellung zu nehmen und über das weitere Vor-
gehen zu beschließen. Der volksparteiliche Abg. Morath,
der im Ausschuss tätlich angegriffen worden ist, hat sich
sofort mit dem Parteiführer Dingeldey in Verbindung
gesetzt, um auf diesem Wege eine parlamentarische
Beschwerde beim Reichstagspräsidenten vorbringen zu
lassen.

Der Angriff auf Morath

Ueber den Angriff auf den volksparteilichen Abg.
Morath im Ueberwachungsausschuss des Reichstages
hört ein Büro nach folgende Einzelheiten: Als der große
Saal der Nationalsozialisten im Ausschuss eintraf, hatte
der Abg. Morath die Absicht, den Saal zu verlassen. Er
hatte sich aber kaum von seinem Platz erhoben, als er
merkte, daß es sich um eine Trauerkundgebung für die
Opfer von Neuntischen handelte. Er ist dann stehen ge-
blieben und hat sich erkelt, als der stellvertretende Vor-
sitzende Dr. Dingeldey, der Morath die Hand zu reichen
wollte, ihn ergriff und ihn zum Ausgang drängte. Er
hatte sich aber nicht losgerissen, sondern hat er sich
festgesetzt. Er drehte sich um und bekam einen zweiten
sozialistischen Abg. Streicher. Er legte Wert auf die Feststellung,
daß er nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommu-
nisten die Sitzung verlassen wollte, sondern daß er sich
zum Ausgang begaben hat, nachdem der stell-
vertretende Vorsitzende Dr. Frank die Sitzung geschlossen
hatte.

Erklärungen der Fraktionen Das Zentrum

2. Berlin, 14. Febr. Wie ein Nachrichtenbüro erzählt,
hat sich für die Mitglieder des Zentrums Abg. Weg-
mann mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten
Goering gemeldet und ihn unter Hinweis auf seine ver-
fassungsmäßigen Pflichten in dringender Form ersucht,
den Ausschuss die Ausübung
seiner verfassungsmäßigen Rechte zu ermöglichen. In
Zentrumskreisen wird weiter zu den Vorgängen im Ausschuss
erklärt, daß durch die erneute Sprengung des Ausschusses
die Unterbrechung des Hilfsfonds und die Beratung von
Zentrumsanträgen unmöglich gemacht sei. Es
scheine, als ob die Nationalsozialisten eine weitere Be-
handlung der Hilfsfrage nicht wünschten.

Bayerische Volkspartei

2. Berlin, 14. Febr. Wie ein Nachrichtenbüro meldet,
hat der Vertreter der BVP im Ueberwachungsausschuss
des Reichstages, Abg. Dr. Pflieger, schriftlich beim
Reichstagspräsidenten Protest wegen der Vorgänge in
der Diensttagssitzung des Ausschusses erhoben. Dr. Pflieger
spricht in dem Schreiben an den Reichstagspräsidenten
sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß seitens des
Reichstagspräsidenten seit der letzten Ausschusssitzung
keine Schritte unternommen worden seien, um die
zwischen den Mitgliedern der NSDAP und dem Ausschuss-
vorsitzenden Loebe bestehenden persönlichen Differenzen

zu überwinden und eine reibungslose Tätigkeit des Aus-
schusses zu gewährleisten.

Sozialdemokratie

2. Berlin, 14. Febr. Die sozialdemokratischen Mit-
glieder des Ueberwachungsausschusses des Reichstages
veröffentlichen folgende Erklärung:

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueber-
wachungsausschusses haben bereits am 7. Februar 1933
eine Sitzung des Ueberwachungsausschusses durch ge-
walttätige Störungen verhindert. Die Vorsitzenden des
Ausschusses hat daraufhin den Reichstagspräsidenten er-
sucht, auf Grund seiner präsidialen Befugnisse die weitere
Tätigkeit des Ausschusses zu ermöglichen. Trotzdem haben
heute die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueber-
wachungsausschusses die ordnungsmäßige einberufene
Sitzung abermals unter Anwendung von Körper-
liche Gewalt gegen den Vorsitzenden des Ausschusses
und teilnehmenden Angehörigen gegen den Abg. Morath von
der Deutschen Volkspartei gepercht. Diese Handlungs-
weise stellt das Verbrechen nach §§ 105, 106 des Reichs-
strafgesetzbuches dar. Wir stellen fest, daß der Herr
Reichstagspräsident, obwohl er von den Drohungen der
nationalsozialistischen Ausschussmitglieder, alle künftigen
Sitzungen des Ausschusses gewalttätig zu verhindern, in
Kenntnis gesetzt war, nichts zum Schutze des Aus-
schusses getan hat.

Am Schluß der Erklärung wird festgestellt, daß durch
die Vorgänge das verfassungsmäßige Recht
des Ausschusses, die Rechte der Volksvertretung zu
wahren, nicht mehr gewährleistet sei und der Vorwurf
des Verfassungsbruches erhoben.

Die Kommunisten

2. Berlin, 14. Febr. Die kommunistischen Mit-
glieder des Ueberwachungsausschusses des Reichstages
haben heute eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die
gewalttätigen Sprengungen der Sitzungen des Ausschusses durch
die Nationalsozialisten. In der Erklärung wird festgestellt,
daß die Vertreter der kommunistischen Fraktionen, be-
sonders der Vertreter der kommunistischen Fraktionen, die
Fortsetzung der Beratungen des Ausschusses unter Aus-
schaltung der Nationalsozialisten, um unter allen Um-
ständen die Beratung der für die Werktätigen
lebenswichtigen Fragen zu ermöglichen.

Gruppen des Kampfbundes und des Reichsbanners

Reichs- und Landesliste der Zentrumsfraktion

2. Berlin, 14. Febr. 1933.

Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumsfraktion
hielt heute eine Sitzung ab, die hauptsächlich der
Aufstellung der Reichsliste für die Reichstagswahlen galt.

Auf der Reichsliste

Reihen folgende Kandidaten:

1. Dr. Reininga,
2. Reichel Dr. Kaas, Trier;
3. Stegwald;

Bankenmoratorium in Michigan

Ford beschwört im Industriezentrum der USA. eine Bankenkrise herauf

2. Detroit, 14. Februar 1933.

Der Gouverneur hat wegen „außerordentlicher
Finanzverhältnisse“ für den Staat Michigan acht
Bankfeiertage verhängt, während deren alle Ban-
ken, Treuhändergesellschaften und andere Finanzinstitute
für geschäftliche Transaktionen geschlossen sind. In seiner
Proklamation weist der Gouverneur darauf hin, daß sich
die Entwicklung durch die „überallhin“ Geschäfts-
lage der Union Guardian Trust Company“ übertrug habe.

Zu der Moratoriumserklärung ist ergänzend zu
melden, daß der Ford-Konzern anscheinend den
Banken unterlegen ist. Die Union Guardian Trust
Co. wurde seit Anfang 1932 von Ford kontrolliert. Sie
bildete das Rückgrat des Bankensystems im Staat Michigan.
In den letzten Wochen geriet die Bank in Schwierig-
keiten. Seit Samstag fanden ununterbrochen Konferen-
zen statt, an denen Mitglieder der Federal Reserve
Banken, Vertreter des Ford-Konzerns und des Konföder-
anten von Ford, Walter P. Chrysler (1), teilnahmen.
Als nach Abschluß der Konferenzen am Dienstagfrüh
kein anderer Ausweg mehr blieb, unterzeichnete der
Gouverneur den Moratoriumserlass.

Der mit der Verhängung des Bankenmoratoriums im
Staat Michigan offenbar gewordene Bankzusammenbruch
zieht weitere Kreise. Von dem Moratorium werden
mindestens 500 örtliche Banken mit einem Ge-
samtkapital von 5 Milliarden Dollar betroffen.

Newsweek, 14. Febr. Der Bankzusammenbruch in
Michigan, dem größten Industriezustaat der Vereinigten
Staaten, erweist sich als ein Ereignis von größter wirt-
schaftlicher Tragweite. In Washington traten unter
Vorsitz Hooovers und des Handelssekretärs Mills der
Gouverneur der Federal Reservebank, Harrison, und
Eugene Meyer, der Direktor des Federal Reserve Board,
zusammen, um zu beraten, wie der nötige Zusammen-

bruch des Bankensystems von Michigan zu verhindern ist.
Das Schicksal, das Federal Reserve Board und die
Finance Reconstruction Corporation sollen zu diesem
Zweck zusammenarbeiten. In Detroit herrscht

Im Geldverkehr völliger Wierwarr.

In ganz Michigan hat die Bevölkerung zwar noch bis
zum Wochenende Kleingeld. Die Annahme von Scheids
wird aber allgemein abgelehnt. In den Theatern Kinos
und Restaurants häufen sich große Summen an. Ein
großes Aufgebot von Polizei bewacht daher die Kassen
der Banken und Theater. Die Federal Reservebank in
Chicago landete unter großer Bedeckung durch Detektivs
für 20 Millionen Dollar Gold nach Detroit. Die Staats-
kasse in Detroit und die Stadtkasse waren am Mittwoch
nicht in der Lage, die fälligen Löhne und Gehälter zu
zahlen. Außer im nördlichen Stadtteil haben in Michigan
sämtliche Banken geschlossen. Der Gouverneur
von Michigan gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bun-
desregierung das Bankensystem des Staates Michigan
retten werde. Auf Grund des Finanzrekonstruktionsakts
waren 308 Banken und Sparkassen in Michigan geöff-
net worden. Der Zusammenbruch der Banken in Detroit ist
nicht bekannt, was darauf hindeutet, daß Ford
sich weigerte, weitere Kredite von der Finance
Reconstruction Corporation zu lassen, um die Union
Guardian-Bank zu retten. Die anderen Großbanken der
Bank, darunter die General Motors und die Chrysler,
hatten im Gegenzug zu Ford die Aufnahme weiterer
Kredite gebilligt. Ford zog jedoch seine Guthaben in
Höhe von 75 Millionen Dollar zurück. Das hat ein-
schneidend zur Zahlungsunfähigkeit geführt. Gleichzeitig
mit den Banken erklärten die Gas, Licht, Elektrizitäts-
und Telefongesellschaften ein achtstündiges Mora-
torium. An allen Börsen waren scharfe Kursabfälle
zu verzeichnen.

soften zum Schutze der Beratungen herangezogen werden.
Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt.

Protest der BVP

2. Berlin, 14. Febr. Der Führer der Deutschen
Volkspartei, Dr. Dingeldey, hat nach Bekannt-
werden der Vorgänge im Ueberwachungsausschuss des
Reichstages sofort beim Reichstagspräsidenten Goering
und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichs-
tagsfraktion, dem Reichsinnenminister Dr. Frick, tele-
graphisch scharfen Einspruch erhoben und volle
Genugtuung verlangt.

Zentrumsanträge im Ueberwachungs-Ausschuss

Die Mitglieder der Zentrumsfraktion hatten für die
Diensttagssitzung des Ueberwachungsausschusses eine Reihe
neuer Anträge eingebracht. Der erste Antrag befaßte
sich mit der

Katastrophe in Neuntischen

und ersucht die Reichsregierung, alles zu tun, um die
Not der durch das furchtbare Unglück in Neuntischen
schwer betroffenen Bevölkerung zu lindern. Insbesondere
sollen Mittel in einem Ausmaß bereit gestellt werden,
daß sie im Verhältnis zu der Größe des Unglücks stehen.
Ein weiterer Antrag des Zentrums verlangt die Auf-
hebung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Be-
stellung geordneter

Regierungsverhältnisse in Preußen

Ein dritter Antrag ersucht die Reichsregierung, an-
gehts der die Verwaltungs- und Verfassungsfrage
einschränkende Verordnung des Reichspräsidenten zum
Schutze des deutschen Volkes unbedingt dafür zu sorgen,
daß die Wahlfreiheit für alle Deutschen gesichert ist. Die
Reichsregierung soll peinlich darüber wachen, daß bei
der Durchführung und Handhabung dieser Verordnung
durch die Landesregierungen alle Bevölkerungskreise
ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen in allen
deutschen Ländern das Gefühl gleichen Rechts und gleichen
Schutzes haben.

Ein letzter Antrag wünscht, daß der Mißbrauch des
Rundfunks für einseitig parteipolitische Zwecke sofort ab-
gestellt werde.

4. Vizepräsident Esser, Eustirchen;

5. Dr. Hermes, Berlin;

6. Dr. Hadelberger, Dillingen (Baden).

Diese sechs Kandidaten werden auch in Wahlkreisen
aufgestellt und werden ein Mandat auf einer Wahlkreis-
liste annehmen. Die eigentliche Reichsliste beginnt da-
her mit der folgenden Nummer:

7. Dr. Josef Wirth, Berlin;
8. Dr. Florian Althaus, Dortmund-Lüttring-
hausen;
9. Polmann, Ludwigshafen;
10. Dr. Beerenbaum, Düsseldorf;
11. Gewerkschaftssekretär Kuhn, Saarbrücken;
12. Verbandsleiter Winkler, Köln;
13. Generalsekretär Dr. Rodel, Berlin;
14. Dr. Hoff, Vorsitzender des Sparerbundes,
Berlin.

Dr. Hoff ist Katholik. Er hatte bereits früher ein
Mandat und gehörte der Deutschen Volkspartei an.
15. Landwirt Steves, Wittenia;- 16. Drogiß Baggard, Berlin;
- 17. Frau Burkhart, Berlin;
- 18. Wagenbaumeister Feder, Düsseldorf;
- 19. Gewerkschaftssekretär Kabis, Breslau;
- 20. Landwirt Schulte-Hillenbrud, Kettling-
hausen;

Bei der letzten Reichstagswahl wurden die ersten acht
Kandidaten der Reichsliste gewählt.
Der Parteivorstand hat auch

Die Landesliste für die Wahlen zum Landtag

aufgestellt. Die Liste umfaßt insgesamt 20 Namen:
1. Universitätsprof. Dr. Kautzer, Bonn;
2. Universitätsprof. Dr. Peters, Berlin;
3. Frau Oberstudienrätin Bronka Allenstein;
4. Gewerkschaftssekretär Hillenbrandt, Saar-
brücken;
5. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften
Otte;
6. Direktor der Deutschen Bauernschaft Lübbe,
Berlin;
7. Bleibt vorläufig offen, da ein Abkommen mit der
früheren Preussischen Christlichsozialen Partei getroffen
ist, die unter der Bezeichnung Preussischer Mittelstand
und Später eigene Liste aufgestellt. Die auf dieser Liste
gesammelten Stimmen sollen der Landesliste der Zentrums-
partei zugerechnet werden. Für den Fall, daß diese
Stimmen 50.000 — das ist die Zahl für die Erlangung
eines Mandats — erreichen, soll die 7. Stelle der
preussischen Landesliste der Zentrumsfraktion mit einer
von der früheren Wirtschaftspartei in Vorschlag zu
bringenden Persönlichkeit besetzt werden.

8. Regierungspräsident Stieler, Aachen;
 9. Brandenburger Dr. Cremer, Dortmund;
 10. Geschäftsführer des Bundes der deutschen
Techniker, Bresdenmann, Essen;
 11. Landwirt Steves, Wittenia;
 12. Frau Vekker, Berlin;
 13. Obermeister Kasper, Unterbergen-Breslau;
 14. Arbeitersekretär Blum, Oberhausen.
- Bei der letzten Landtagswahl entfielen auf die Landes-
liste des Zentrums fünf Mandate.

Länderkonferenz und Reichsrat

Berlin, 14. Febr. Wie ein Nachrichtenbüro erklärt, findet am Mittwoch auf Grund einer gemeinsamen Vereinbarung eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder und des Reichspräsidenten statt. Die Konferenz wird in der Reichshausung in Berlin abgehalten. Die Konferenz wird in der Reichshausung in Berlin abgehalten.

Die neuen preussischen Reichsratsbevollmächtigten

Zu preussischen Reichsratsbevollmächtigten für den Reichsrat sind ernannt worden:
für das Staatsministerium: Reichskommissar v. Bapen;
für das Finanzministerium: Reichskommissar Dr. Köpke;
für das Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium: Reichskommissar Hugenberg;
für das Innenministerium: Reichskommissar Goring;
für das Justizministerium: Reichskommissar Kutz;
Zu Reichsratsbevollmächtigten sind ernannt worden:
für das Staatsministerium: Ministerialdirektor Landfried, Ministerialdirektor Neumann, Ministerialdirektor Dr. Schuler;
für das Innenministerium: Staatssekretär v. Bismarck, Ministerialdirektor Müllermeier, Ministerialrat Dr. Kroschauer, Ministerialrat Kraft, Hauptmann v. D. Krenz;
für das Landwirtschaftsministerium: Staatssekretär Wislitz, Oberlandwirtschaftlicher Rat Dr. Grottel, Ministerialrat Krieger;
für das Justizministerium: Ministerialdirektor Gellert, Ministerialrat Dr. Kottstein, Ministerialrat Dr. Kottstein.

Die bisherigen Reichsratsbevollmächtigten für den Reichsrat: Reichs, Landfried, Schuler und Neumann, sind zu solchen im Hauptamt ernannt worden. Gleichfalls zu Reichsratsbevollmächtigten im Hauptamt sind ernannt worden.

am 14. Febr. Wie ein Nachrichtenbüro erklärt, findet am Mittwoch auf Grund einer gemeinsamen Vereinbarung eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder und des Reichspräsidenten statt. Die Konferenz wird in der Reichshausung in Berlin abgehalten. Die Konferenz wird in der Reichshausung in Berlin abgehalten.

Bauern zur Einberufung des Reichsrates

München, 14. Febr. Die Einberufung des Reichsrates ist der bayerischen Staatsregierung vollauf überlassen geblieben. Die „Münchener Zeitung“ schreibt, es sei selbstverständlich, daß die Bayern unmissverständlich mit einer Unterstützung der preussischen Reichsratskandidaten durch die bayerische Regierung des Reiches ohne die allseitige Zustimmung abgeben können und dürfen, wenn nicht das ganze Verhältnis des Reiches zu den Ländern vorher geklärt und geordnet werde. Auch diejenigen Kreise, die unter der Regierung Bayern von der Möglichkeit einer Verständigung überzeugt gewesen seien, hätten heute Zweifel, ob gewisse treibende Kräfte innerhalb der bayerischen Staatsregierung eine föderalistische Verständigung des Reiches mit den Ländern wollten. Vorläufig kann man nur hoffen, daß die Beziehungen zwischen den Reichs- und Landesregierungen sich in der Zukunft verbessern werden, die erneut aufgenommen werden sollen. Ein Blick zum Teil des Reiches und zum Teil Bayerns finden lassen.

Bayerische Reichsratskandidaten

München, 14. Febr. Die Kandidaten von Bayern für die Reichsratskandidatur der Deutschen Nationalen Volkspartei in Südbayern angenommen und in einem Schreiben an die Reichsleitung darauf hingewiesen, daß die bayerischen Kandidaten und die in ihnen lebendigen bayerischen Kreise unentbehrlich seien für die Lösung der deutschen Zukunftsaufgaben.

Zur Auflösung der Kommunalvertretungen

Ein Rundschreiben des Reichskommissariats

Berlin, 14. Febr. 1933. Wie der Reichskommissar für das Preussische Innenministerium durch einen Rundschreiben Bestimmungen zur Auflösung der Kommunalvertretungen erläßt, die im wesentlichen folgendes betreffen:

Da die Vertretungsorgane mit dem Zeitpunkt der Auflösung befristet sind, kann eine Zulassung nach dem genannten Zeitpunkt und eine Beauftragung der aufgelösten Vertretungsorgane nicht mehr in Betracht kommen. Das gleiche gilt für die Zulassung der aufgelösten Vertretungsorgane zu den Vertretungsorganen und die Beauftragung der aufgelösten Vertretungsorgane zu den Vertretungsorganen.

Nach der Auflösung der Kommunalvertretungen werden die Aufgaben der aufgelösten Vertretungsorgane durch die von den Aufstufungsbehörden zu beauftragenden Kommissare übernommen.

Die zur Einführung der neuen Mitglieder der Vertretungsorgane werden die Aufstufungsbehörden durch die von den Aufstufungsbehörden zu beauftragenden Kommissare übernommen.

Kammersieg Daladiers

Die Finanzvorlage mit großer Mehrheit angenommen

Paris, 13. Febr. 1933. Nach 37stündiger Sitzung hat die Kammer die Finanzvorlage der Regierung am 22.30 Uhr mit 246 gegen 215 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung Daladier die Vertrauensfrage gestellt hatte. Nach dieser Entscheidung hat die Kammer sich am Freitag 13 Uhr vertagt.

Zum Schluß der Aussprache über die Finanzvorlage erklärte Herr Daladier namens der Mehrheit, daß sie die Verantwortung für die nicht zu umgehenden Maßnahmen bewußt übernehme. Diese Mehrheit habe in acht Monaten den Haushalt immerhin um etwa neun Milliarden entschuldet. Der sozialistische Abgeordnete Renaudel unterließ, daß die Sozialisten für die Finanzvorlage stimmten, um Schlimmeres zu vermeiden.

Die Kürzung der Militärausgaben. Die Kürzung der Militärausgaben war die Hauptforderung der Opposition. Der Berichterstatter des Ausschusses, Herr Daladier, erklärte, daß die Kürzungen nur im Rahmen eines internationalen Planes möglich seien.

Sehr ausführlich war die Aussprache über die Kürzung der Militärausgaben. Der Berichterstatter des Ausschusses, Herr Daladier, erklärte, daß die Kürzungen nur im Rahmen eines internationalen Planes möglich seien.

Heber Wasser

Niederdeutscher Roman / Nachdruck von J. Ingenday / verboten

30. Fortsetzung.

Als Janome mit dem Mädchen daheim anlangt, ist das Mädchen ausgezogen; der Gefangene wie sein Wächter sind fort. Jan ist ganz recht so, denn auf diese Weise kommt seine Krante an dem aufregenden Anblick des Holländers vorbei. Unvergesslich läßt er das Mädchen zu Bett gehen, das vor körperlicher und geistiger Erschöpfung in tiefen Schlaf versinkt.

Da fällt in der Heide ein Schuß. Jan ruft seinen Hund und späht hinaus, soweit der Nebel es gestattet. Die Stimme eines jenseitigen Menschen glaubt er zu hören.

„Hektor, Hektor!“ ruft Jan, und kurz darauf hallt ein lauter Schrei durch die Heide. Der Holländer!

Jan tritt an den sich vor Wut, Schmerz und Angst krümmenden Mann, ohne ihn eines Wortes zu würdigen. Bald nähern sich Stimmen: Ein Grenzbeamter, der Genarm des Nachbarn und der Arbeiter vom Petrusheim.

Lehter erklärt kurz, wie der Gefangene, als Jan mit dem Hunde fort war, plötzlich aufgesprungen und trotz der Handfesseln davongestürzt sei, und infolge des herrschenden Nebels auch wohl über die Grenze entkommen wäre, wenn der Hund es nicht noch im letzten Augenblick verhindert hätte. Der Schuß sollte Jan benachrichtigen.

Der Heidebewohner wendet sich an die Beamten: „Den Mann übergebe ich Euch! Befreit die Welt von diesem Schurken!“

Die Beamten legen dem rasend um sich Schlagenden Handfesseln an, und bald entschwindet der traurige Zug im Nebel.

setzung der Wahrheit des Senates jedenfalls fortwährend. Infolgedessen dürften sich Schwierigkeiten innerhalb der Regierungsmehrheit ergeben, die erst überwunden werden müssen, wenn ein Ausgleich zwischen Kammer und Senat zustande kommen soll.

Daladier über die Heeresreform

Ministerpräsident und Kriegsminister Daladier erklärte am 14. Febr. über die Reorganisation des Heeres bereits dem Budgetminister unterbreitet. Die heute von der Regierung geforderten Kürzungen an den Militärausgaben würden die nationale Verteidigung in keiner Weise gefährden. Alle französischen Republikaner seien darüber einig, daß die nationalen Interessen gesichert werden müßten und keine Schwächung duldeten. Frankreich dürfe aber keine Militärschwäche ertragen, und selbst wenn es Opfer bringen sollte, müsse es sich allen friedfertigen Demokraten annehmen. Ohne Furcht und ohne Panik müsse Frankreich den Ereignissen im Gesicht schauen. Es dürfe aber nicht vergessen, daß es dreimal

Während eines Jahrhunderts überfallen worden sei. Es als Kriegsminister fordere nichts, wodurch wesentliche Teile des Heeres beeinträchtigt werden könnten. Es taufe die vitale Kraft der Armee nicht an. Die Stärke der Armee werde umso größer sein, je mehr sie sich die Lehren des Krieges an dem

Gebiete der Motorisierung und Fortifikation ausbilde. Die organische Heeresreform werde rechtzeitig vorgelegt werden. Sie betreue auf dem Gedanken, daß eine Reduzierung des Materials nur parallel mit der industriellen Mobilisierung erfolgen könne. Wenn das reiflich durchgeführt werde, werde Frankreich die Gemächheit besitzen, endgültig gesichert zu sein.

„Die Sicherheit Frankreichs ist unsere Religion“, rief der Ministerpräsident aus. Durch Annahme der von der Regierung vorgeschlagenen Kredite werde die Kammer den gemeinsamen Willen von Regierung und Parlament, das Heer zu reorganisieren und zu modernisieren, bekunden.

Die Kammer nahm schließlich die Kürzungen der Militärausgaben in Höhe von 505 Millionen an, wie die Regierung gefordert hatte.

„Das heiße Eisen“ für Genf

Beginn der Aussprache über die Sicherheitsfrage

Genf, 14. Febr. 1933.

Der politische Ausschuss der Abrüstungskonferenz trat am Dienstag zum ersten Mal seit dem Februar vorigen Jahres zu der von der französischen Regierung geleiteten Verhandlung der Sicherheitsfrage zusammen. Der politische Ausschuss, in dem sämtliche 64 Konferenzmitglieder vertreten sind, unterbreitete sich dem Hauptausschuss nur durch die Bezeichnung. Die Grundlagen der Arbeiten des politischen Ausschusses bilden

die beiden Punkte des englischen Arbeitsprogramms:

1. Feierliche Erklärung der europäischen Mächte, unter keinen Umständen bei einem künftigen Konflikt Gewalt anzuwenden;

2. Prüfung von politischen Sicherheitsabkommen zwischen den europäischen Staaten.

Zunächst lag dem Ausschuss die drei die Sicherheitsfragen behandelnden Kapitel des französischen Programms vor.

Zu Beginn der Aussprache gab der italienische Vertreter, Marquis Sotagna, eine kurze Erklärung ab, in der er

die grundsätzliche Haltung der italienischen Regierung ungeschwächt aufrecht erhielt. Es sei nicht zu erwarten, daß die Regierungen ihre nationalen Interessen dem Mehrheitsbeschluß von Völkerbundsorganen unterordnen würden. Der politische Ausschuss begnüge sich mit der Behandlung der Sicherheitsfrage, bevor auf dem Gebiet der Abrüstung ein praktisches Ergebnis erzielt worden sei. Der italienische Vertreter betonte, daß die „einseitige Unmöglichkeit“ in der Haltung Paul-Boncourts und verlangte in Übereinstimmung mit der deutschen Abordnung eine sofortige Regelung der quali-

trativen Materialabrüstung als der entscheidenden Hauptfrage der Konferenz.

Paul-Boncourts entwickelte den bekannten französischen Standpunkt

und verlangte, daß der Ausschuss sich zunächst mit dem kontinentalen Pakt gegenwärtiger Hilfeleistungen der Staaten befassen müsse, nach dem sich die europäischen Mächte gegenseitige Hilfe im Falle des Angriffs leisten sollten. Die weitere Behandlung der Sicherheitsfrage hänge von der Entscheidung dieser Frage ab, die maßgebend für die vorgeschlagene Vereinfachung der europäischen Armeen sei. Die amerikanische Regierung habe ihre Haltung in der Sicherheitsfrage von der Regelung der europäischen Sicherheitsfrage abhängig gemacht. Die Sanktionsmaßnahmen des Artikels 16 würden erst im Rahmen des europäischen Sicherheitspaktes ihre volle Wirksamkeit erlangen.

Beizugewalt Nabelung

betonte, daß die Reihenfolge der zur Verhandlung kommenden Fragen gleichgültig sei und verlangte die Aufstellung eines Arbeitsprogramms und den Beginn der sachlichen Verhandlungen. Der deutsche Vertreter erinnerte weiter an die seit dem Abschluß des Völkerbundsvertrages geschaffenen zahlreichen Sicherheitsgarantien. Die deutsche Abordnung hoffe, daß endlich auf dem Abrüstungsgebiet das gleiche Maß praktischer Ergebnisse erzielt werde, wie dies bereits auf dem völkerrechtlichen Sicherheitsgebiet geschehen sei.

Der politische Ausschuss beschloß nach längerer Geschäftsordnungsaussprache, auf Grund eines französisch-deutschen Vorschlags, die sachlichen Verhandlungen mit den beiden Punkten des englischen Arbeitsprogramms am Mittwoch zu beginnen.

Der Fernost-Konflikt

Völkerbund - Japan - Mandchurie

Außerordentliche Völkerbundsversammlung

Genf, 14. Febr. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat auf Grund eines heute vom Neunehntausendstündigen Beschlusses der außerordentlichen Völkerbundsversammlung für nächsten Dienstag beschlossen, damit sie auf Grund des Artikels 15, Absatz 4, abschließend zu dem japanisch-japanischen Konflikt Stellung nehmen kann. Die Empfehlungen, die der Völkerbundsversammlung für die praktische Regelung des Streites gemacht werden, sind heute vom Neunehntausendstündigen endgültig angenommen worden. Darin wird vor allem gefordert,

daß die japanischen Truppen die Mandchurie räumen und sich in die Eisenbahnzone zurückziehen. Weiter wird empfohlen, den drei Mächten Provinzen eine autonome Verwaltung unter japanischer Souveränität zu gewähren.

Zu Verhandlungen über die Einzelheiten der Regelung sollen die neun Mächte des Washingtoner Vertrages und ferner Deutschland und Rußland eingeladen werden.

Vor drei japanischen Ultimaten

London, 14. Febr. Die japanische Gesandtschaft in Peking erklärt, daß drei japanische Ultimaten vorgelegt worden sind, in denen der Rückzug der chinesischen Truppen aus der Provinz Jehol innerhalb einer bestimmten Frist gefordert wird. Bei Nichterfüllung der Ultimaten würden die mandchurischen und japanischen

Truppen mit militärischen Operationen großen Ausmaßes beginnen. Es handelt sich um folgende Ultimaten:

1. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 2. Der mandchurischen Regierung an die chinesische Regierung, 3. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 4. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 5. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 6. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 7. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 8. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 9. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 10. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 11. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 12. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 13. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 14. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 15. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 16. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 17. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 18. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 19. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 20. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 21. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 22. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 23. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 24. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 25. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 26. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 27. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 28. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 29. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 30. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 31. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 32. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 33. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 34. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 35. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 36. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 37. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 38. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 39. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 40. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 41. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 42. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 43. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 44. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 45. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 46. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 47. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 48. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 49. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 50. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 51. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 52. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 53. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 54. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 55. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 56. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 57. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 58. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 59. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 60. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 61. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 62. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 63. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 64. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 65. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 66. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 67. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 68. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 69. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 70. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 71. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 72. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 73. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 74. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 75. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 76. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 77. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 78. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 79. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 80. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 81. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 82. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 83. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 84. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 85. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 86. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 87. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 88. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 89. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 90. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 91. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 92. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 93. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 94. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 95. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 96. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 97. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 98. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 99. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 100. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 101. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 102. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 103. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 104. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 105. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 106. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 107. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 108. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 109. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 110. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 111. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 112. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 113. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 114. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 115. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 116. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 117. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 118. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 119. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 120. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 121. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 122. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 123. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 124. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 125. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 126. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 127. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 128. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 129. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 130. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 131. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 132. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 133. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 134. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 135. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 136. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 137. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 138. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 139. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 140. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 141. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 142. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 143. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 144. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 145. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 146. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 147. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 148. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 149. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 150. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 151. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 152. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 153. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 154. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 155. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 156. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 157. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 158. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 159. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 160. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 161. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 162. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 163. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 164. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 165. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 166. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 167. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 168. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 169. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 170. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 171. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 172. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 173. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 174. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 175. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 176. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 177. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 178. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 179. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 180. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 181. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 182. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 183. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 184. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 185. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 186. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 187. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 188. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 189. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 190. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 191. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 192. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 193. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 194. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 195. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 196. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 197. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 198. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 199. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 200. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 201. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 202. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 203. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 204. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 205. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 206. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 207. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 208. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 209. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 210. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 211. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 212. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 213. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 214. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 215. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 216. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 217. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 218. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 219. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 220. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 221. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 222. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 223. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 224. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 225. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 226. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 227. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 228. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 229. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 230. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 231. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 232. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 233. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 234. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 235. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 236. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 237. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 238. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 239. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 240. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 241. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 242. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 243. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 244. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 245. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 246. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 247. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 248. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 249. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 250. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 251. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 252. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 253. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 254. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 255. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 256. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 257. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 258. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 259. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 260. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 261. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 262. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 263. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 264. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 265. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 266. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 267. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 268. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 269. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 270. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 271. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 272. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 273. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 274. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 275. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 276. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 277. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 278. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 279. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 280. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 281. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 282. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 283. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 284. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 285. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 286. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 287. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 288. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 289. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 290. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 291. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 292. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 293. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 294. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 295. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 296. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 297. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 298. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 299. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 300. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 301. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 302. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 303. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 304. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 305. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 306. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 307. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 308. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 309. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 310. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 311. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 312. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 313. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 314. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 315. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 316. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 317. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 318. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 319. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 320. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 321. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 322. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 323. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 324. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 325. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 326. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 327. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 328. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 329. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 330. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 331. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 332. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 333. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 334. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 335. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 336. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 337. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 338. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 339. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 340. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 341. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 342. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 343. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 344. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 345. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 346. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 347. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 348. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 349. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 350. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 351. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 352. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 353. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 354. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 355. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 356. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 357. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 358. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 359. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 360. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 361. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 362. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 363. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 364. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 365. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 366. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 367. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 368. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 369. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 370. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 371. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 372. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 373. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 374. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 375. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 376. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 377. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 378. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 379. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 380. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 381. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 382. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 383. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 384. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 385. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 386. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 387. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 388. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 389. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 390. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 391. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 392. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 393. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 394. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 395. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 396. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 397. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 398. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 399. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 400. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 401. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 402. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 403. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 404. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 405. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 406. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 407. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 408. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 409. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 410. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 411. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 412. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 413. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 414. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 415. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 416. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 417. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 418. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 419. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 420. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 421. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 422. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 423. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 424. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 425. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 426. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 427. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 428. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 429. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 430. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 431. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 432. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 433. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 434. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 435. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 436. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 437. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 438. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 439. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 440. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 441. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 442. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 443. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 444. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 445. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 446. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 447. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 448. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 449. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 450. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 451. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 452. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 453. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 454. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 455. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 456. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 457. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 458. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 459. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 460. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 461. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 462. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 463. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 464. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 465. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 466. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 467. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 468. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 469. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 470. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 471. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 472. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 473. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 474. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 475. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 476. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 477. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 478. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 479. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 480. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 481. Der japanischen Regierung an die chinesische Regierung, 482. Der japanischen

Die Prüfung der städtischen Betriebe

Der Bericht der Wirtschaftsprüfer. — Das Ergebnis der Stadtverordneten-Kommission liegt noch nicht vor.

Der Fuhrpark im wesentlichen in Ordnung befunden

Bekanntlich haben die Parteien der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei), der Herner Mittelstandsvereinigung und des Evangelischen Volksdienstes, besonders die beiden letzteren, sich im Stadtparlament öfter für eine Nachprüfung der städtischen Betriebe eingesetzt. Man hat immer den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob beim Fuhrpark und bei der Stadtgärtnerei eine „marxistische Wirtschaft“ herrsche, die ziemlich opulent mit den Steuergeldern umgehe und die einmal energig unter das kritische Auge genommen werden müsse. Die Stadtverwaltung hat erklärt, daß sie durchaus mit einer solchen Wirtschaftsprüfung einverstanden sei und so ist denn

eine parlamentarische Kommission

gewählt worden, die sich dieser Aufgabe zu unterziehen sollte. Dabei spielte die Tendenz, Teilaufgaben dieser Betriebe in Privathand zu überführen, keine geringe Rolle. Die Herner Mittelstandsvereinigung wollte besonders die Stadtgärtnerei in den Aufgabenbereich der Stadtgärtnerei einfügen, der Evangelische Volksdienst trat für Übertragung wenigstens der Fuhrleistungen des Fuhrparks, wenn nicht auch der Straßenreinigung und Müllabfuhr, in die Hand privater Fuhrunternehmer ein. Und was erlebte man? Der große Wortführer in diesem Streik, Dr. Eilentrup, ließ nicht sich, sondern seinen Fraktionsfreund Rieken in die Kommission wählen. Er kam allerdings einmal selbst, ganz am Anfang, als man den Fuhrpark besichtigte, und da hatte er schon den Eindruck gewonnen, es komme doch nichts Besonderes bei der Sache heraus. Von da ab erschien sein Fraktionsfreund Rieken. Und der Vertreter der privatwirtschaftlichen Richten, Stadtd. Wülfch, ist nicht ein einziges Mal bei der Kommission zu sehen gewesen, trotzdem er hineingewählt war!

Die übrigen Herren der Kommission haben sich indes mit viel Fleiß in die Materie vertieft. Ihre Arbeit haben sie auch fast zum Abschluß gebracht. Man konnte sich in der letzten Sitzung nur nicht über einen bestimmten Punkt (allgemeine oder spezialisierte Forderungen zum Lohnkonto?) einigen und so konnte der von dem Kommissionsvorsitzenden ausgearbeitete Bericht nicht vollendet werden.

Die Auflösung des Stadtparlamentes und der Ausschüsse hat die Weiterarbeit verhindert.

So daß der Bericht der Prüfungskommission nicht fertiggestellt und darüber Beschluß gefaßt werden konnte. Er wird aber trotzdem der Verwaltung als Material zugeleitet werden. Jedenfalls ist er noch nicht aus der Schublade des Kommissionsvorsitzenden herausgekommen.

Was vorliegt, ist ein anderer Bericht.

der Bericht der Wirtschaftsprüfer.

Die Stadtverwaltung hat nämlich, schon bevor die parlamentarische Kommission ihre Arbeit begann, zwei Prüfer der „Wirtschaftsprüfung Deutscher Städte AG“, Berlin, mit der Prüfung des städtischen Fuhrbetriebes und der städtischen Gärtnereibetriebe beauftragt. Diese haben in der Zeit vom 21. November bis zum 1. Dezember 1932 ihre Prüfung durchgeführt. Sie hatten dabei den Auftrag, einen Überblick über die Wirtschaftsgewandlung beider Betriebe zu geben und insbesondere die Frage prüfen, ob und inwieweit eine Übertragung von Aufgaben in private Hand für die Stadt einen wirtschaftlichen Vorteil bedeute. Das Ergebnis dieser Prüfung ist eine am 10. Januar abgeschlossene Denkschrift, die 34 Seiten und 5 statistische Anlagen enthält.

Bemerkenswert ist nun, daß, wie wir erfahren, die parlamentarische Prüfungskommission im großen und ganzen zu denselben Ergebnissen gekommen ist, wie die beiden Wirtschaftsprüfer, wenn auch in einer Reihe von Einzelfragen die Meinungen voneinander abwichen.

Es ist daher von großem öffentlichen Interesse, zu erfahren, was die Arbeit der Wirtschaftsprüfer ergeben hat. Zunächst behandelt ihr Bericht

die Fuhrbetriebe

Bezüglich der von uns in einem früheren Artikel schon behandelten Schwierigkeit für einen Vollen, sich in der

kameralistischen Buchführung

zurechtzufinden, sagt der Bericht: Wenn auch die Art der Rechnungslegung in der Form der Kameralistik allein für unsern Zweck der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht genügen konnte, halten wir sie in ihrem Aufbau als laufendes Kontrollmittel für ausreichend. Eine kaufmännische Rechnungslegung in Form der doppelten Buchhaltung würde zwar z. T. zwangsläufigere Ergebnisse zeitigen, aber eine Mehrbelastung des Personals bedeuten. Eine Verfeinerung des kameralistischen Rechnungswesens, vor allem in Bezug auf rechnerisch und finanztechnisch richtige Behandlung der Abschreibungen (Rücklagen und Tilgungen) ist auch bei Beibehaltung der jetzigen Form möglich.

Es wird daher der Vorschlag gemacht, zu überlegen,

ob die Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgelühren nicht durch das Gas- und Elektrizitätsnetz mit eingezogen werden können

(monatlicher statt vierteljährlicher Geldeingang). Die Veranlassung der Gebühren, zum mindesten die Bearbeitung der Einsprüche sei wohl Sache des Fuhrparks. Die Einkalkulation des Baumaterials erscheint sachlich nicht begründet.

Was die Ausgaben anbetrifft, so sind die Personalkosten daran mit 59 Prozent, die unbeeinflussbaren Kosten (Zinsen, Rücklagen usw.) mit 13 Prozent und die „sonstigen Unkosten“ mit 28 Prozent beteiligt. Hieraus ergibt die

Bedeutung des Lohn- und Gehaltsfaktors.

Der Bericht stellt nun — wie übrigens auch die parlamentarische Kommission — fest, daß die Arbeiter in

zahlreichen Fällen höher eingestuft sind, als der Tarif vorsieht, und daß Zulagen die für ganz wenige, besondere Bedingungen erfüllende Kräfte vorgezogen sind, z. T. für ganze Arbeitsgruppen gewährt werden.

Bei einer Einstufung nach den Tarifbestimmungen würde sich eine Jahresminderausgabe von 10 200 Mark ergeben.

Dabei sind die bewilligten Schmutzulagen in Höhe von 2825 Mark belassen. Bezüglich der Steigerung des Personalbestandes in den letzten Jahren und gegenüber 1913 stellt der Bericht fest: „Wenn auch gegenüber 1926 die Erweiterung des Arbeitsgebietes durch Eingemeindung von Södingen eine Vermehrung des Personals nötig machte, so ist die Steigerung doch überproportional, was zum Teil auf die Einführung des Tonnenfuhrsystems bei der Müllabfuhr zurückzuführen ist.“

Was nun die Arbeitsleistung angeht, so wird bei der

Straßen- und Marktreinigung

je Arbeiter eine Reinigungsleistung von 44 000 qm in der Woche errechnet. Diese, so wird erklärt, ist auch in ansehnlicher der maschinellen Hilfsmittel als normal anzusehen.

Die Gebührenpflicht mit 75 Prozent der Gesamtkosten wird als im Vergleich zu vielen anderen Städten verhältnismäßig niedrig bezeichnet. Auch die Kosten der Straßenreinigung je Kopf der Bevölkerung mit 1,73 Mark im Jahre 1931 und 1,65 im Jahre 1932 werden im Vergleich zu anderen Städten sehr gering genannt. In 6 süddeutschen Großstädten lägen sie zwischen 3,50 und 4,50 Mark je Kopf der Bevölkerung.

Müllabfuhr

(Eimer- und Tonnenfuhrsystem) war die Ausgabenquote je Kopf der Bevölkerung 1931 1,14 Mark oder je cbm 4,26 Mark. Diese Sätze, so stellt der Bericht fest, halten sich im Rahmen der Ausgaben vergleichbarer Städte. Die Begehrung zum Müllabfuhr wird als im Durchschnitt zu einer Zone gehörig angesehen, in der Kraftwagen wirtschaftlicher sind als Pferdegespanne.

Bei der

81 200 lfm. umfaßt und von 3 Arbeitern mit einem Elektrotarren durchgeführt wird, sagt der Bericht: „Wir haben festgestellt, daß sehr sparsam gearbeitet wurde, insbesondere der Spülmittelbedarf ist außerordentlich gering.“ Die Leistungen der Reinigungskolonnen für Sinkfästen (zwei Mann und ein Elektrotarren) werden als angemessen angesehen.

Die

hat keine besondere Bedeutung. Im Jahre 1931 wurden 73 Gruben geleert. Bei Stilllegung dieses Betriebes bzw. Überleitung in private Hand würden sich Ersparnisse in der Pferdehaltung wegen der geringen Leistung der Beanpruchung kaum erzielen lassen. Die Fäkalienabfuhr war früher schon in der Hand privater Fuhrunternehmer (zuletzt Haus- und Grundbesitzervereine). Dort wollte man aber die Arbeit nicht mehr übernehmen.

An Werkstätten

sind vorhanden: Schmiede, Stellmacherei, Autoschlößerei und Antifreierwerkstatt. Die Ausstattung, so sagt der Bericht, ist nach Art und Größe dem Charakter der Betriebsverhältnisse angepaßt und nicht überlegt. Wenn schon alle laufenden Reparaturen durch Facharbeiter des Fuhrparks erledigt werden können, wird man die vorhandene Belegschaftszahl nicht unterschätzen können. Die bisherige Übernahme von Aufträgen anderer Dienststellen als Fäkalienabfuhr ist zweckmäßig. Eine andere Frage ist, ob nicht bei der Größenordnung Hernes die in der Stadtverwaltung anfallenden Reparaturarbeiten grundsätzlich zentral erledigt werden sollen. Die Zentralisierung ergibt die Möglichkeit der besseren Arbeitsdisposition und damit den Ausgleich von Arbeitszeiten und Beringerung der Aufwandskosten. Weiter wird empfohlen, die ebenfalls auf dem Fuhrparkgelände vorhandene mit 3 Mann besetzte Schreinerei, die unter Aufsicht eines

Meisters vom Hochbauamt steht, mit der Stellmacherei zusammenzufassen und die Aufsicht dem Fuhrpark zu übertragen. Der Meister müßte zur praktischen Arbeit herangezogen werden, wodurch 1 bis 2 Mann eingespart werden könnten.

Ein umfangreiches Kapitel ist der Frage

allgemeiner Fuhrbetrieb in Regie oder Privathand?

gewidmet. Die Untersuchung darüber ist überaus schwierig. Die Wirtschaftsprüfer haben errechnet, daß bei Fortfall des allgemeinen Fuhrbetriebes (der getrennt wird von den nicht auf private Fuhrunternehmer übertragbaren, speziellen Fuhrleistungen) ohne Berücksichtigung der Abschreibungen rd. 33 500 Mark, unter Einrechnung der Abschreibungen rd. 38 500 Mark erspart werden könnten. Dieser Ersparnis ständen aber die Neuzugaben für private Fuhrleistungen gegenüber. Man hat Angebote von Herner, Reddinghäuser und Wanner Fuhrunternehmern eingeholt und unter Berücksichtigung der Leistungen des Fuhrparks im Jahre 1931 (1932 wurden dort die Fuhrgeräte nicht mehr normal ausgenutzt) einen Ausgabebetrag für private Fuhrleistungen von 40 000 Mark an Kraftwagen- oder 65 000 Mark an Pferde-

fuhrwerksbefähiger errechnet. Die Vergütung an Pferdefuhrwerksbefähiger würde also für die Stadt viel teurer sein als der Eigenbetrieb. Bei Kraftwagenbefähigern müßten 40 000 Mark für die privaten Fuhrleistungen bezahlt werden gegen 38 500 Mark Ersparnis bei Aufgabe des allgemeinen Fuhrbetriebes. „Unter Berücksichtigung von Schätzungsfehlern“, so sagt der Bericht, „würde es also für die Stadt finanziell ohne Bedeutung sein, ob der allgemeine Fuhrwerksbetrieb in ihrer Regie bliebe oder an Private vergeben würde. Es ist aber außerdem zu bedenken, daß durch die Entlassung von 6 Arbeitern der Stadt höchstwahrscheinlich zusätzliche Wohlfahrtslasten entfielen würden, daß ferner bei Übergabe der Fuhraufträge an private Unternehmer die Gefahr der Monopolisierung (Ringbildung) besteht, während bisher der Fuhrpark preisregulierend wirken konnte. Andererseits hätte die Stadt bei Übergabe des Fuhrbetriebes in private Hand den Vorteil, das Risiko der Unterbeschäftigung auf die private Hand abzuwälzen. Auf jeden Fall lohnt es sich, den Fuhrwerksbetrieb vorläufig mit der Maßgabe weiterlaufen zu lassen, daß Erneuerungen des für allgemeine Fuhrleistungen angeschafften Wagenparks nicht in Frage kommen sollen. In diesem Falle müßte, unter Zugrundelegung der Fuhrleistungen des Jahres 1931, den Mehrkosten von 40 000 Mark eine Ersparnis von 38 500 Mark abzüglich 5000 Mark für Abschreibungen = 33 500 Mark gegenübergestellt werden, woraus sich für die Stadt bei vorläufiger Beibehaltung des allgemeinen Fuhrbetriebes ein Vorteil von jährlich 6500 Mark ergeben würde. Bei großen, kostspieligen aufstrebenden Arbeiten müßte dagegen vornehmlich der Privatunternehmer herangezogen werden.“

(Der Bericht über die Gärtnereibetriebe folgt.)

Die Nord-Süd-Bahn als Mittel zur Arbeitsbeschaffung

Neue Denkschrift des Verkehrsamtes der Stadt Reddinghausen.

Bochum-Herne-Reddinghausen.

Das Verkehrsamt der Stadt Reddinghausen hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die sich mit dem Bahnpotential für das nördliche westfälische Industriegebiet befaßt. Hierin nimmt die Nord-Süd-Bahn Bochum — Herne — Reddinghausen eine besondere Stellung ein. Zunächst wird noch einmal kurz

die Linieneinführung

angegeben: Die Bahn soll vom Bahnhof Bochum-Nord, der zum „Hauptbahnhof Bochum“ ausgebaut werden soll, ausgehen. Die vorhandenen Gleisanlagen werden bis zum Bahnhof Präbberich benützt. Dann schwenkt die Linie nach Norden ab und verläuft in einem Abstande von ca. 800 Meter zur jetzigen Güterzugstraße Bochum-Riemke — Herne. Die zur Erleichterung der Bewirtschaftung des Projektes von den Interessenten wiederholt vorgeschlagene Benutzung dieser Güterzugstraße für die neue Bahn ist aus technischen Gründen abgelehnt worden. Haltepunkte für den Personenverkehr auf diesem Streckenabschnitt sind in Riemke und Herne — Süd vorgesehen. Die Bahn kreuzt dann in Herne die Köln-Münster Linie, und zwar berührt sie den „Hauptbahnhof“ Herne als Turmbahnhof. Sie führt dann weiter zum Bahnhof Reddinghausen-Süd, um hier in die Strecke Wanne-Reddinghausen-Münster einzumünden. (Die Weiterführung von Reddinghausen-Süd bis zum Hauptbahnhof Reddinghausen als selbständiges Parallelband zur Münsterischen Strecke ist aus Ersparnisgründen zunächst zurückgestellt worden. Man glaubt, daß die jetzige Strecke den neuen Verkehr noch aufnehmen kann.) Zum direkten Übergang auf die Köln-Münster Linie (Bahnhof Wanne-Eickel) ist eine Verbindungskurve — die sog. Wehrspannkurve — zwischen den Bahnhöfen Herne-Süd und Wanne vorgesehen.

Mancher fragt sich heute,

ob unter den veränderten Verhältnissen die Bahn überhaupt noch dringlich ist.

Demgegenüber weist die Denkschrift darauf hin, daß im Ruhrgebiet fast alle Eisenbahnwege von Westen nach Osten verlaufen. Die einzige Nord-Süd-Linie im Herzen des Industriegebietes ist die Linie Wanne-Bochum, die einseitig und turvenreich ist und den Ansprüchen nicht genügt. Zur Bewältigung der nur 9 km. langen Strecke gebraucht ein Personenzug fast 25 Minuten Fahrzeit. Schnellfahrende Züge gibt es auf dieser Linie überhaupt nicht. Hierzu kommt die unaufhaltbare Wanderung des Bergbaus nach Norden, ohne daß ihm eine entsprechende Verlagerung der Siedlungen von Süden

nach Norden folgen wird. Wenn sie erfolge, würde sie für die südlichen Städte eine Katastrophe bedeuten. Die Bergleute werden also immer mehr mit Verkehrsproblemen den Weg von der südlichen Bahnstrecke zur nördlichen Arbeitsstätte zurücklegen müssen.

Die Straßenbahnen

reichen dazu nicht aus. Wenn auch die Straßenbahn zwischen Bochum, Herne und Reddinghausen zu den am stärksten benutzten des ganzen Ruhrbezirks gehört (1930 allein zwischen Herne und Reddinghausen rd. 3,5 Millionen Fahrgäste), so kann sie doch nicht die Verkehrsbedürfnisse voll befriedigen. Sie fährt viel langsamer als ein Personenzug, sie befördert keine Güter und vor allem: sie erlegt nicht den

Durchgangsvorteile zwischen Nord- und Süd-Deutschland.

Denn dies ist über den zwischenkommunalen Bereich — allein die Städte Reddinghausen, Herne und Bochum haben 506 000 Einwohner und mit ihrem nachteiligen Einflußgebiet 600 000, und trotzdem haben sie keine Bahnverbindung! — hinaus das Wichtigste: die geplante Bahn wird über die vor der Fertigstellung stehende Linie Witten-Schmelde den idealen und kürzesten Weg darstellen von Hamburg/Bremen über Münster, Reddinghausen, Herne, Bochum, Witten, Wuppertal nach Köln bzw. über Witten, Hagen, Siegen nach Frankfurt und Süddeutschland.

All diese Gründe sind von solcher Beweiskraft, daß

alle irgendwie maßgebenden Instanzen sich nachdrücklich und erfolgreich für das Projekt eingesetzt haben:

der Westfälische Provinzialausschuß, die verschiedenen Verkehrsverbände, das Oberbergamt Dortmund, der Ruhrbedingungsverband, die Arbeitsämter, der Preussische Landtag und schließlich auch der Verkehrsausschuß des Reichstages. Der Ruhrbedingungsverband nannte diese Linie

„das Rückgrat der Nord-Süd-Verbindungen“

im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. So hat denn auch die Reichsbahngesellschaft sich diesen Auffassungen angeschlossen und die Nord-Süd-Bahn Bochum-Herne-Reddinghausen in ihr Ausbauprogramm eingefügt. Auch die Fluchtlinien sind bis ins einzelne festgelegt.

Was kostet das Projekt?

Es müssen 10,9 km. Bahnlinie gebaut werden. 1927 wurden die Kosten von den beteiligten Gemeindeverwaltungen auf 17,9 Millionen Mark berechnet (einschließlich Turmbahnhof in Herne und einer Straßenverlegung in Reddinghausen-Süd). Hierzu kommen die Kosten für Verlegungen und Veränderungen in den Bahnhöfen Bochum-Nord, Reddinghausen-Süd und Reddinghausen-Hbf. mit rd. 5 Millionen Mark. Zieht man von diesen rd. 23 Millionen Mark (berechnet 1927!) rd. 4 Millionen Mark für Grunderwerb, der von den Gemeinden inzwischen getätigt wurde, ab, so verbleibt eine Kostensumme von 19 Millionen Mark.

Die Vorbereitungen sind fertig, technische Schwierigkeiten gibt es nicht, die Reichsbahn ist zur Durchführung bereit — aber

wann wird angefangen?

Es hat einmal geheißen, erst müsse der neue Bochumer und der neue Reddinghäuser Zentralbahnhof fertig sein. Aber das ist keineswegs notwendig. Das Projekt läßt sich auch so durchführen. Der Präsident der Reichsbahndirektion Essen hat im Jahre 1928 auf einer Tagung des Verkehrsverbandes „Industriebezirk“ selbst gesagt, daß der neue Zentralbahnhof Reddinghausen zu den dringendsten Projekten gehöre, die die Reichsbahn nach Erledigung des Ausbauprogramms in Angriff nehmen müsse. Man lag weiter, erst müsse die Linie Bochum-Gelsenkirchen gebaut werden. Ist das wirklich dringender? Uns scheint, die Reddinghäuser Denkschrift hat durchaus recht, wenn sie verlangt, daß das Nord-Süd-Problem vorrangig behandelt werden und trotz aller Schwierigkeiten ein Weg gefunden werden müsse, das Geld

Fördern bitte auch Sie den Herner Anzeiger!

Verlangen Sie ihn in allen Wirtschaften, Cafés und Zeitungskiosken, beim Kellner und am Bahnhof.

Aufruf zu den Gemeindewahlen

Die Zentrumsparität ist gerüstet

Der Hauptvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumsparität z. B. ersucht folgenden Aufruf:

Ohne zwingende Notwendigkeit, lediglich aus machtpolitischen Ansprüchen der hinter der Regierung stehenden Parteien, die den Parteien Rechnung zu tragen, sind sämtliche preussische Gemeindeparlamente durch einen Gewaltstreich, dessen rechtliche Grundlage außerordentlich zweifelhaft ist, aufgelöst worden, und zwar in einem Zeitpunkt, wo ihre Arbeit im Dienste der Gemeinden und ihrer Bevölkerung unbedingt notwendig war. Dieses rechtliche Vorgehen gegen die Vertreter des Volkes in den Gemeinden, durch welches sogar neu gewählte Gemeindeparlamente noch vor ihrem ersten Zusammenkommen aufgelöst wurden, steht in der Geschichte der preussischen Selbstverwaltung einzig da.

Es liegt in der Linie der autoritären Regierungen, die ausgerichtet sind auf die Unterwerfung der Bevölkerung unter die Herrschaft der Regierung, an den Freiheiten von Stein planmäßig die Rechte der Selbstverwaltung und vor allem die Rechte des Volkes zu schmälern, haben, die es durch seine Vertreter in den Gemeindeparlamenten ausübt.

Wir legen feierlich Verwahrung ein gegen diese unerhörte Maßnahme und gegen die Verletzung der Rechte des Volkes in seinen Gemeinden. Das Volk wird den heutigen Nachbarn durch eine harte Wahlbeteiligung und durch ein machtvolles Verhalten zum Selbstverwahrlosten gebildet die Antwort geben und damit bezeugen, daß es sich seine Rechte in den Gemeinden nicht nehmen lassen will und daß es für die übertragene Bedeutung der Gemeinden und Gemeindeverbände für Volk und Staat das Beste tut.

Wir legen feierlich Verwahrung ein gegen diese unerhörte Maßnahme und gegen die Verletzung der Rechte des Volkes in seinen Gemeinden. Das Volk wird den heutigen Nachbarn durch eine harte Wahlbeteiligung und durch ein machtvolles Verhalten zum Selbstverwahrlosten gebildet die Antwort geben und damit bezeugen, daß es sich seine Rechte in den Gemeinden nicht nehmen lassen will und daß es für die übertragene Bedeutung der Gemeinden und Gemeindeverbände für Volk und Staat das Beste tut.

Wir legen feierlich Verwahrung ein gegen diese unerhörte Maßnahme und gegen die Verletzung der Rechte des Volkes in seinen Gemeinden. Das Volk wird den heutigen Nachbarn durch eine harte Wahlbeteiligung und durch ein machtvolles Verhalten zum Selbstverwahrlosten gebildet die Antwort geben und damit bezeugen, daß es sich seine Rechte in den Gemeinden nicht nehmen lassen will und daß es für die übertragene Bedeutung der Gemeinden und Gemeindeverbände für Volk und Staat das Beste tut.

Wir legen feierlich Verwahrung ein gegen diese unerhörte Maßnahme und gegen die Verletzung der Rechte des Volkes in seinen Gemeinden. Das Volk wird den heutigen Nachbarn durch eine harte Wahlbeteiligung und durch ein machtvolles Verhalten zum Selbstverwahrlosten gebildet die Antwort geben und damit bezeugen, daß es sich seine Rechte in den Gemeinden nicht nehmen lassen will und daß es für die übertragene Bedeutung der Gemeinden und Gemeindeverbände für Volk und Staat das Beste tut.

Wir legen feierlich Verwahrung ein gegen diese unerhörte Maßnahme und gegen die Verletzung der Rechte des Volkes in seinen Gemeinden. Das Volk wird den heutigen Nachbarn durch eine harte Wahlbeteiligung und durch ein machtvolles Verhalten zum Selbstverwahrlosten gebildet die Antwort geben und damit bezeugen, daß es sich seine Rechte in den Gemeinden nicht nehmen lassen will und daß es für die übertragene Bedeutung der Gemeinden und Gemeindeverbände für Volk und Staat das Beste tut.

Der Hauptvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumsparität z. B.

Dr. h. c. Mannig, Erster Vorsitzender.

die ursprünglich von Herne aus geplant war und unter Umgehung Becklinghausens direkt nach Datteln

dortaus, denn jetzt mündet die Hamm-Ofderfelder Straße in einer Spitzkehre in den Hauptbahnhofs-Refekthallen, die Züge müßten dort jedesmal Revers machen. Daher ist der neue Zentralbahnhof Refekthallen an der Kreuzung der Hamm-Ofderfelder Bahnhofs- und der Streckenbahn - Winter 2 km. südlich vom jetzigen Hauptbahnhof, gegenüber Rasthof liegt, indes noch darum, ob man den Riveaustiefen über die beiden Straßen durch einen Turmbau überwinden soll oder durch einen niveaugleichen Berührung- und Durchgangsbahnhof, Refekthallen vorzuziehen das letztere.

*** Glück und Heiltesgegenwart.**
Ein Zutoufau, der dank der Heiltesgegenwart des Chauffeurs noch glimpflich abgelaufen ist, ereignete sich Dienstag morgen auf der Bochumer Straße. Ein erheblicher Geschwindigkeit befand sich der Wagen, als plötzlich ein Hinterrad zu Bruch ging und sich von der Achse entfernte. Der Wagen drohte, sich zu überkippen, was bei den Passanten, die den Vorfall beobachteten, hotten. Entsetzen auslöste, jedoch flüchtete.

* Die Stellenlosen Kellner der Stadt Herne feiern am Donnerstag, dem 16. Febr., also morgen — ihr diesjähriges Jahresspekt in den Räumen des Cafe Strade. Anfang Punkt 20.15 Uhr. Die bestens bekannte Kapelle Bänduba ist auf 100 Herren verstärkt und hat sich kostenlos für diese Wohlwärtigkeitsveranstaltung zur Verfügung gestellt. Der geliebte Reinhold soll den Kindern der Stellenlosen Kellner als Winterhilfe zuerkannt werden. Das ne

Der Staatsanwalt geißelte das Verhalten des Angeklagten, der ausgerechnet solche Personen geschädigt.

* Dr. med. Röhle †
Nach kurzer Krankheit starb Königsberg der
praktische Arzt Dr. Heinrich Röhle aus Horthausen.
Der Verstorbene war seit vielen Jahren in hiesiger an-
sehnliche und hat in überaus legernder Weise für das
Wohl der lebenden Menschheit gewirkt. Wegen sei-
ner gemäßigten Berufsauffassung und seines eben,
aufrichtigen Wesens erzielte er sich bei Patienten,
Bekannten und Freunden ganz besonderer Beliebtheit
und Wertschätzung. Möge er in Frieden ruhen!

Die große Säge, die von Herrn Göring als preußischen Innenminister augenblicklich gegen alles wütet, was republikanisch ist, hat auch unsern Polizeipräsidenten Graf v. Bochum getroffen. Man hatte ihn noch schon nach Berlin zu einer Polizeipräsidentenkonferenz kommen lassen. Als er erziehen, wurde ihm erlaubt, abzuweichen, was er denn wollte, er sei doch gar kein Polizeipräsident mehr. Er fuhr dann nach Bochum zurück und sand auf seinem Schreibtisch die mittlerweile eingetroffene Nachricht, daß seine Dienste nicht mehr benötigt würden. Vorher hatte man schon den Führer der Schutzpolizei des Präsidialbezirks Bochum, Oberst Harlinghausen, in die Wüste geschickt. Beide sind Katholiken und Zentrumsleute. Harlinghausen ist ein alter Polizeifachmann, der nur das höchste Gebeil- und Parteibuch hat. Und Polizeipräsident Graf? Nun, es fehlen ihm die Worte, um das Verhalten gerade ihm gegenüber richtig zu bezeichnen. Denn er war ein Mann, der, trotzdem er aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kam, sich durch erlaubliche Formgewandtheit, vornehmste und edelste Denkart sowie selbst aller Polizeifachleute überragende Beherrschung des Polizeiwesens auszeichnete, und dem es zu danken ist, daß im Präsidialbezirk Bochum immer mit Klugheit, Umsicht und Festigkeit für Ruhe und Ordnung gesorgt wurde. Gerade seine Entfernung vom Amte ist ein klarer Akt reiner politischer Machtausübung, für die das empörte Zentrumsvolk von Bochum, Herne, Wanne-Eickel usw. am 5. März die Antwort erteilen wird.

Im Regierungsbesitz Arnberg ist mit sofortiger Wirkung Regierungspräsident König, Sozialdemokrat, zwangsbeurlaubt und der Regierungspräsident mit seiner Vertretung beauftragt worden.

König hat sich immer als ein maßvoller Mann ausgezeichnet, dessen Objektivität sowohl von den ihm unterstellten Beamten wie auch in der Bevölkerung stets anerkannt worden ist. Im Mai 1868 in Halle a. d. Saale geboren, stand König dicht vor der Altersgrenze. Insofern trifft ihn die Zwangsbeurlaubung weniger hart. Er ist aus dem Arbeiterlande (Schmied und Feilenbauer) hervorgegangen, kam früh in die sozialdemokratische Bewegung, gründete und leitete ab 1901 das sozialdemokratische Parteisekretariat in Dortmund, wo er auch von 1909 bis 1918 Stadtoberordneter war. Von 1912 bis 1928 war er Mitglied des Reichstages. Oktober 1919 wurde er zum Regierungspräsidenten von Arnberg ernannt.

Bemerkenswerte Ausführungen auf dem Delegiertenlag der Haus- und Grundbesitzervereine. — Gegen ein „**Soziales Mietrecht**“ anstelle des BGB.

Keineswegs gehe es an, das Ausnahmerecht, unter das der deutsche Hausbesitz seit länger als einem Jahrzehnt gestellt sei, in Form eines „sozialen Mietrechts“ zu verewigen.

der Verrentungsplan von der Regierung nicht weiter verfolgt werde.

Der Zweck der Tagung sei dadurch bereits erreicht, und ein großer Alpdruck sei von Hausbesitz und Wirtschaft genommen.

Uns fernern Vändern. Unter diejem Motto hot der Volkshilfsverband im Rahmen der billigen Volksabende Sonntag abend im Stadthofe abwechselnd reiche Unterhaltung. Am Flügel gab Studienreferenten der Elbschachtelherne mit Weizen aus: „Amerikanische Waldvögel“ den Auftakt. Die von Hrl. Häfeler geborgenen Negersongslieder, moderne Tanzmusik v. Hrl. Bartramann, angepöhlte Rezitationen v. Hrl. Bötzow und interessante Auszüge der lästlichen Plakatsbilder mit schönen Landschaftsbildern aus Russland, Brasilien, den Quellen des Amazonas und anderen fernern Vändern belebten die Darbietungsfolge des vielgestigen Abends, der leider nicht den verdienten Erfolg fand.

8
 erhalten
 weil
 und
 land
 dieses
 zur
 für
 liste
 öffe
 Ma
 morde
 Magil
 legung
 Berma
 übliche
 9 bis
 26. 3
 haben
 legung
 26. Die
 berichtig
 Reich
 Die
 20. Sep
 Jahr ein
 tag hat
 zu wäh
 sein ein
 mehr si
 sonen, d
 gehören
 melbet
 Wähl
 Reich
 Die
 ist all
 Sachle
 tann al
 landsbe
 aber me
 wählber
 3 un
 berechtigt
 Männer
 der Bros
 Zur
 alle ü
 und 3
 ihre
 Für d
 folgende
 Aus
 mindigt
 oder we
 steht, we
 gerlichen
 Die W
 daten w
 Wehrma
 Behind
 Personen,
 schwäche
 bracht sin
 gene som
 polizeilich
 werden
 politisch
 In der
 Wählber
 dadurch g
 nung norg
 findet: „N
 die erst na
 fähige M
 lte aufge
 nennwal
 gekennzeich
 Die W
 bleiben
 Ei
 Sie war
 Sprungsch
 Kagen sah
 den knallbr
 blauen Kor
 wie ein Fl
 jekt immer
 sie entzünd
 Gegentheil
 der weiblich
 versunken
 hohem Sch
 sah ihr zu
 Columbus m
 pligte. In a
 hogen und
 manchmal so
 lich. Drei vo
 liche Ausdau
 Flöthlich
 in fünfzig M
 strahlendem
 mit grüßend
 direkt auf mi
 lamine. Mit
 lmetel und h
 werde rot. D
 ihrer Stir b
 reihe mit die
 sportlich wie
 Aber da i
 stappend, dicht
 mit der aufste
 Und ruht mit

Was jeder Herner von der Wahl wissen muß

Verschiedenheit der Bestimmungen für die Wahlen am 5. und 12. März.

Für die kommenden Wahlen werden neue Stimmlisten aufgestellt. Die Wahlberechtigten erhalten bis Ende dieser Woche neue Wahlausweise. Diese Wahlausweise gelten für die Reichs- und Landtagswahl am 5. März und die Provinziallandtags- und Stadtverordnetenwahl am 12. März dieses Jahres. Sie sind sorgfältig aufzubewahren und zur Erleichterung des Wahlgeschäftes mitzubringen. Für die Wahlen wird ein und dieselbe Stimmliste benutzt. Die Frist für

öffentliche Auslegung der Stimmliste ist für alle Wahlen übereinstimmend auf die Zeit vom 19. bis 26. Februar einschließlich festgesetzt.

Eine entsprechende Bekanntmachung des Magistrats wird noch veröffentlicht werden. Die Auslegung erfolgt im Rathaus, Zimmer 87, und in der Verwaltungsjugendabteilung, Zimmer 3, während der üblichen Dienststunden und an den Sonntagen von 9 bis 12.30 Uhr. Den Stimmberechtigten, die bis zum 26. Februar keinen neuen Wahlausweis erhalten haben, ist dringend zu empfehlen, während der Auslegung der Stimmlisten einzusehen. Nach dem 26. dieses Monats können die Stimmlisten nicht mehr berichtigt oder ergänzt werden.

Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist.

Die Wahlberechtigung beginnt mit dem vollendeten 20. Lebensjahr. Wer am 5. März in das 21. Lebensjahr eintritt, an diesem Tage also seinen 21. Geburtstag hat, ist wahlberechtigt. Das Recht, zum Reichstag zu wählen, ist nicht ausdrücklich an das Vorhandensein eines Wohnortes in Deutschland geknüpft. Vielmehr steht es auch Auslandsdeutschen zu sowie Personen, die zur Befolgung von See- oder Binnenschiffen gehören und für keinen festen Wohnort polizeilich gemeldet sind.

Wähler zum Landtag ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist und in Preußen wohnt.

Die preussische Staatsangehörigkeit ist also nicht erforderlich. Jeder Bader, Sachse usw., der in Preußen seinen Wohnort hat, kann also zum preussischen Landtag wählen. Auslandsdeutsche und Schiffer ohne festen Wohnort sind aber wegen Fehlens des Wohnortes in Preußen nicht wahlberechtigt.

Zum Provinziallandtag sind wahlberechtigt alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die ihren Wohnort im Gebiet der Provinz haben.

Zur Stadtverordnetenwahl sind wahlberechtigt alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die seit ununterbrochen 6 Monaten ihren Wohnort im Gemeindegebiet haben.

Für die Wahlberechtigung zu allen Wahlen besteht folgende Einschränkung:

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer unmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, wer rechtskräftig durch Richterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Reinhardt an der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Unterbringungsgesessene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnungen in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

In der Herner Stimmliste sind die

Wahlberechtigten, die nicht zur Stadtverordnetenwahl abstimmen dürfen,

dadurch gekennzeichnet, daß in der für ihre Eintragung vorgesehenen Spalte sich der Quervermerk befindet: „Nicht Gemeinbewohner“. Die Wahlberechtigten, die erst nach dem 5. März dieses Jahres das wahlfähige Alter erreichen, sind im Nachtrage zur Stimmliste aufgeführt. Soweit sie nicht zur Stadtverordnetenwahl abstimmen dürfen, ist ihr Name ebenfalls gekennzeichnet.

Die Wahlbezirkseinteilung und die Wahllokale bleiben dieselben, wie bei der Reichstagswahl am 6. 11. 1932.

Für die Wirtschaft G. Mann, Kont-Ges. 288, genommen worden. Für die Reichs- und Landtagswahl werden auch für die Krankenhäuser wiederum besondere Stimmbereiche eingerichtet.

Für die Provinziallandtagswahl und Stadtverordnetenwahl am 12. März ist das nach den gesetzlichen Bestimmungen aber nicht möglich. Für diese Wahlen müssen die Anwesen der Krankenhäuser, soweit sie körperlich dazu imstande sind, sich zu den Wahllokalen des Bezirks begeben, in dem sie in die Stimmliste eingetragen sind.

Wahlort für die Stadtverordnetenwahl:

Nach der in unserer Ausgabe vom vergangenen Montag veröffentlichten Bekanntmachung des Magi-

Die 34 Verschiebebahnhöfe im Ruhrgebiet

Technische Neuerungen im Güterverkehr.

Im zweiten Teil seines Vortrages über technische und betriebliche Neuerungen bei der Deutschen Reichsbahn sprach am Donnerstag in Essen Direktor bei der Reichsbahn Rastur über Neuerungen im Güterverkehr. In einer Reihe von Lichtbildern wurde der ungeheure Niedergang des Güterverkehrs in den letzten Jahren

gezeigt, besonders hier im Ruhrgebiet, der teils die Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges ist, teils die Folge des Wettbewerbes von Wasserstraßen und Kraftwagen. Der Rückgang der Einnahmen im Güterverkehr ist größer als der Rückgang der beförderten Gütermengen, was auf die verschiedenen großen Tarifermäßigungen im Güterverkehr zurückzuführen ist.

Weiter wurde die betriebliche Erledigung der 3 Klassen des Güterverkehrs, des Eppreßgutes, des Eilgutes und des Frachtgutes geschildert. Besonders wurde auf

die Aufgaben der Verschiebebahnhöfe

eingegangen. Auf diesen werden alle ankommenden Güterzüge aufgelöst, um die Wagen je nach ihrem Ziel zu neuen Zügen zu bilden. Für jeden zu bildenden Zug besteht ein fester Plan, genaue Beförderungsvorschriften, die den Zweck des Zuges, sein Ziel, seine Stärke und Zusammenstellung, die Ordnung der Wagen im Zuge und manches andere festlegen. Zur Erreichung der möglichst schnellsten Beförderung ist es, Wagen für weite Entfernungen in durchgehende Züge einzustellen, die geschlossen möglichst bis zu ihrem Ziel durchgeführt werden. So werden von den Verschiebebahnhöfen des Ruhrbezirks Züge bis Basel, Stuttgart, Leipzig, Berlin, Hamburg usw. gebildet. Eine besonders liebevolle Behandlung erfahren auch im Frachterverkehr

die besonders eiligen Wagen.

Z. B. Milch, Obst, Mehl, Seesausfuhr und dergl. Diese Güter, Vorratswagen genannt, werden vorzugsweise auf den Bahnhöfen behandelt, um die Unmittelbarkeit möglichst zu verringern und besonders ohne Aufenthalt genau nach ihrem Beförderungssplan ans Ziel zu bringen. Zur Sicherung einer besonders schnellen Behandlung von Wagen mit zerbrechlichen Gütern wie Eier, Möbel, sind besondere Vorschriften erlassen.

Weiter wurde die Arbeitsweise in den Verschiebebahnhöfen erläutert. Der Mittelpunkt jedes Verschiebebahnhofs ist der Ablaufberg, über den die Wagen aller eingefahrenen Züge abgedrückt werden, um in die für sie bestimmten Abfertigungswege zu laufen.

Der Ruhrbezirk kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, die größten und leistungsfähigsten Verschiebebahnhöfe zu besitzen.

Die Zahl der großen Verschiebebahnhöfe im Bezirk ist 34. Diese Bahnhöfe sind entsprechend der ganzen wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung im Ruhrbezirk aus kleinsten Anfängen entstanden. Die

strats sind die Bahnanforderungen für die Stadtverordnetenwahl bis zum 28. Februar 1933 an den Vorständen des Wahlschusses, Bürgermeister Weyerhoff, schriftlich einzureichen.

Die zu den Bahnanforderungen erforderlichen Bescheinigungen der Gemeindebehörden werden im Rathaus, Zimmer 87, ausgestellt. Im Rathaus, Zimmer Nr. 45, liegen Muster der Bahnanforderungen aus. Die Parteien werden zweckmäßig diese Muster benutzen, da so ungünstige Bahnanforderungen und Rückfragen vermieden werden.

Die Frist für die Bahnanforderungen läuft bis zum 5. März 1933 einschließlich. Die Festlegung der Bahnanforderungen durch den Vorstand aus den Reihen der verschiedenen Parteien zu beruhenden Wahlschuss kann voraussichtlich erst am 6. März 1933 erfolgen.

Bei der Nummerierung der Bahnanforderungen für die Stadtverordnetenwahl

wird den Bahnanforderungen solcher Parteien, die Vorschläge mit demselben Kennwort auch für die Reichstags-, Landtags- und Provinziallandtagswahlen aufgestellt haben, voraussichtlich dieselbe laufende Nummer gegeben, die die Bahnanforderungen der betreffenden Parteien für diese Wahlen erhalten haben.

wurde in Bild die Entwicklung der neuesten Lokomotivtypen gezeigt, die heute Leistungen von 1000 bis 1500 PS bringen, die früher unbekannt waren.

Auch bei der Ausrüstung des Güterwagengespanns wurden manche Bedürfnisse des Verkehrs befriedigt, namentlich durch Einführung der durchgehenden Luftdruckbremse, der sogenannten Kuppelbremse, durch Schaffung der selbstentladenden Großgüterwagen von 60 t Tragungsvermögen, die in einer ganzen Reihe geschlossener Güterzüge hier im Bezirk und bis nach Berlin verkehren.

Ein dringendes Bedürfnis, das bei der Reichsbahn auftrat, konnte in den letzten Jahren durch die Fortentwicklung der Technik zur Befriedigung werden.

Die Kleinlokomotive, eine 40-80 PS starke Maschine mit Elektromotor, Benzin-Motor oder Dieselmotor,

die auf kleinen Güterbahnhöfen arbeitet und dort zur Abkürzung der Aufenthalte von Güterzügen und zur guten Bedienung der Betriebsanlagen und Anschlüsse außerordentlich wertvolle Dienste leistet.

Weiter wurden die Maßnahmen zur Wahrung der

Sicherheit im Rangierdienst

geschildert. Der Rangierdienst ist ein etwas rauhes Handwerk, das nur dann ohne Beschädigung von Gütern und Wagen durchgeführt werden kann, wenn das gesamte Personal verständnisvoll zusammenarbeitet und gute technische Anlagen dem Personal die Arbeit erleichtern. In einer ganzen Reihe von Bildern wurden die technischen Neuerungen vorgeführt, die neben der Steigerung der Leistungsfähigkeit auch zur Erhöhung der Betriebssicherheit beitragen.

Zum Schluß wurde durch einen Film gezeigt, wie auf dem größten Verschiebebahnhof der Reichsbahn, dem Bahnhof Hamm, das Rangiergeschäft sich abwickelt. In anschaulicher Weise zeigen an den Augen der Zuschauer die Bilder der sich schnell folgenden ablaufenden Wagen, die Tätigkeit der Weichenwärter und Gleisbremer, die Wirkung der Gleisbremse und die Sicherung der Leistungsfähigkeit auch zur Erhöhung der Betriebssicherheit beitragen.

Anrechnung der Winterzulage auf Fürsorgeleistungen

Der Arbeitslohn soll durch die Anrechnung der Winterzulage keine Verringerung seines Einkommens erfahren

Auf Grund der Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen erhalten Arbeitslose, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Arbeitsunterstützung nach den Bestimmungen des § 1 bis 6 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, zu der Unterstützung eine monatliche Zulage. Die Zulage bleibt bei der Erfüllung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Arbeitsunterstützung außer Betracht. Diese Vorschrift gilt, wie sich aus ihrem Wortlaut ergibt, nur für das Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenunterstützung, nicht für die öffentlichen Fürsorge und dem im § 2 der Fürsorgegesetzordnung zum Ausdruck kommenden Recht der öffentlichen Fürsorge. Die öffentlichen Fürsorgeverbände der Winterzulage auf die Unterstützung an, so hat dies zur Folge, daß die Winterzulage für den Arbeitslosen als Einkommenserhöhung nur insoweit fühlbar wird, als sie den Betrag der Unterstützung übersteigt.

Von vielen Seiten ist angeregt worden, es sollten die Fürsorgeverbände verpflichtet werden, die Winterzulage bei Festlegung einer Unterstützung nicht anzurechnen. Dem kann nicht entsprochen werden, da eine Unterstützungslage Freilassung von Einkommenselementen mit der öffentlichen Fürsorge und dem im § 2 der Fürsorgegesetzordnung zum Ausdruck kommenden Recht der öffentlichen Fürsorge vereinbar ist. Dagegen sollten nach Ansicht der zuständigen Ministerien im Einzelfalle die Fürsorgeverbände mahnend prüfen, ob nicht im Hinblick darauf, daß es sich bei der Winterzulage des Reiches um eine Maßnahme zur Verringerung der öffentlichen Lasten handelt, die Winterzulage ganz oder zum Teil freigegeben und dem Arbeitslosen dadurch wenigstens in gewissem Umfange die gewollte Erhöhung seines Einkommens für die Wintermonate sichergestellt werden könnte. Die Rechtsgrundlage für ein solches Vorgehen ergibt der § 35 der Fürsorgegesetzordnung.

Unter allen Umständen muss vermieden werden, daß der Arbeitslohn durch die Anrechnung der Winterzulage eine Verringerung seines Einkommens erfährt. Wie aus einer Reihe von Ausführungen hervorgeht, wird von den Fürsorgeverbänden vielfach so verfahren, daß nach Anrechnung der Winterzulage verbleibende Beträge dann

nicht ausbezahlt werden, wenn sie einen bestimmten Betrag, im allgemeinen den Betrag von einer Mark, nicht erreichen. Infolgedessen verringert sich das Einkommen des Arbeitslosen um einen im Verhältnis zu seinem Gesamteinkommen nicht unbedeutenden Betrag.

Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium bitten die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter dringend, auf die Fürsorgeverbände dahin einzuwirken, daß sie, sofern nicht zu mindestens Teile der Winterzulage unangerechnet bleiben können, in jedem Falle wenigstens dafür Sorge tragen, daß eine Einkommensverminderung ausgeschlossen ist.

Kann man sich für täglich 55 Pfennig ausreichend ernähren?

Diese Frage wird in der „Zeitschrift für Ernährung“ (Heft 1, 1933) aufgeworfen. Sie ist dringend geboten. Denn in der Tat verbleiben beispielsweise den Arbeitslosen empfindlich in Berlin nach Abzug der Miete um nur 55 Pf. für die tägliche Ernährung. Abgesehen von den ungeheuren leiblichen Belastungen, die eine derartige wirtschaftliche Einengung bedeutet, ist die Gefahr der Unterernährung unmittelbar gegeben. Im Krankenhaus am Urban hat Prof. Dr. v. Baum mit Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums und des Statistisches Dr. Reich nach ersten Werten den Versuch gemacht, mit genauen Methoden die Kosten, die mit diesen Mitteln bestraft werden kann, auf ihre Zufriedenheit hin zu untersuchen. Wie die bisherigen Untersuchungen eindeutig ergeben, reicht die Kost nicht aus. Das Gewicht sinkt bei der Mehrzahl der Untersuchten ab, die eigenen Körperreserven (Fett) werden in recht erheblichem Maße in Anspruch genommen. Die Darmtätigkeit wird durch ambulante Untersuchungen belaufen sich beispielsweise auf 5 bis 7 gegen 10 bis 15 Gramm der Norm, ein Beweis für die verlorene, bestenfalls geringe Einwirkung, die ausstrahlt werden kann. Bei der Unterernährung sind noch nicht sieben, so sind sie doch sehr deutlich und zeigen, daß man die Unterernährungsschäden unmöglich auf dieser niedrigen Stufe belassen kann.

Liebe im Winter.

von Earen.

Sie war mir schon am Vormittag aufgefallen. Bei der Sprungschneise droben — auf dem großen Liebesgelenke. Kennst du sie aus — wie ein elegantes Reh unter all den trübsinnigen Stützen — in ihrem einfachen, dunkelblauen Korsett. Sie und ich, und ich und sie, wie ein Fliegenpaar. Ich verließ nicht, was die Leute jetzt immer gegen die „schöne Einteilung“ haben. Ich finde sie entzückend. Und ganz und gar nicht männlich. Im Gegenteil! Gerade diese Schlantheit — das Weibliche der weiblichen Silhouette — das ist es, was ich so sehr an dir liebe. Siehst du, wie sie mit der Innlichkeit eines Columbus mit ihren Beinen das glühende Schneefeld pflegt. In allen Gassen — im Telemarkt, im Stimmhagen und im Christgarten, — „gelesen“ (und manchmal sogar gefürzt) — hügelnd, hügelnd, Unermüdet. Drei volle Stunden! Frauen besitzen eine unheimliche Ausdauer in unpraktischen Dingen. . .

Flüchtig — das Herz stand mir still vor Entzücken — in fünfzig Meter Distanz, mitten aus elegantem Schmutz wendet sie sich plötzlich mir zu. Mir! Reizt sich mit strahlendem Lächeln die Mühe von Kopf und Schwanz, sie mir grüßend entgegen. Und schließt in fliegender Fahrt direkt auf mich los — umspritzt von einer feinen Schneefalllinie. Mit windgeleiteten Beinen, verwehtem Mund, schneefallend und hübsch, hübsch, hübsch. Einfach! Ich werde rot. Ich habe den Atem an vor Glück. Die Spitzen ihrer Beine bohren sich tief in mein Herz. . . Auch ich teile mit die Mühe herunter. Schwingen sie — so fest und sportlich wie nur möglich. Ethel!

Aber da ist sie schon. Schrammt, aus vollem Tempo hoppend, dicht vor mir einen brandigen Telemarkt, daß ihr das anspitzende Schneefeld in den Faltstagen fläut. Und ruft mit einer hellen, herben Stimme über den Stadeldraht: „Serous, Wutti — schon Zeit zum Mittagessen!“

Mir schammen sämtliche Felle weg. Jetzt erst fiel mir die alte Dame, die schräg hinter mir hand, wie Schuppen von den Augen. . .

Nach Tisch machte ich einen einsamen Spaziergang zur „Seitenhütte“. Enttäuschung im Herzen und, zur Erinnerung an Sie, an beiden Füßen ein paar angenehm flügelnde Frühlingsfüße.

In der Hütte tobte der übliche Naturbetrieb: — mit Charles und Gramophon. Als beider Fühlhorn in den kühlen Stühlen konzentriert, hatte ich vergrößert in meinem Winkel und trant zur Ausbalancierung meines seelischen Gleichgewichts acht Enzian hintereinander. Erst nachdem die letzten Winterportier sich talwärts verfrüht hatten und die Dämmerung mit kalter Hand den letzten Schimmer von den Hängen wusch, brach ich auf. Der Abstieg war so verbarisch, daß ich mich trotz meines Stodes nur schrittweise vorwärtskämpfen konnte. Dazu kam das Licht mit jeder Viertelstunde. Welche Reibekleinchen in den Tälern. Schwarz und schwarztauglich häuveln. Ein einziger Wind schüttelt das verlassene Himmelchen. Ein einziger Wind schüttelt das verlassene Himmelchen. Ein einziger Wind schüttelt das verlassene Himmelchen. . .

Auf einmal entbiete ich bei einer Wechsellage auf die sich langsam und mit schillernder Anstrengung fortbewegt. Nach jedem Schritt bleibe ich stehen, fränkt sich zur Seite — tastet nach einem Baumstamm und . . .

„Für Vabon!“ — das ist ja! In der ganzen Gegend gibt's diese „Vabon“ nicht zum zweitenmal. Kein Herz schwingt sich in meinem Stod mit Affenbeendigkeit vorwärts. Und jede Unmöglichkeit vor ihr — jeder Fuß ein Ketter! Denn — daß sie sich in irgend einer breiigen Situation befindet, ist mir augenblicklich klar. Ganz blöde sieht sie an einer Tanne und äugt wie ein verwundenes Schmalzler hilflos umher. Reiben ihr aus dem Schnee ragen wie ein drohendes Knetel die abgehängten Bretter. Ihre Verlassenheit rührt mich tief. Verzeihen Sie. . . es scheint. Sie haben Waldbau gelernt! — flüsternd ich direkt geistvoll. Sie blühte mit fahrigem Zuckeln auf die zerbrochenen Eien. „Da — es nein — jetzt nicht! Loder lassen! Hier sollen's ich — die Gelegenheit ist günstig!“

„Kann ich — dürfte ich Ihnen vielleicht mit irgend etwas . . . beistehen.“ — „Nein!“ — „Gleichzeitig bemerke ich, daß ihr das Wutreden sehr leichtgefallen möchte. Nach zwei Schritten war sie grün im Gesicht. Um Gotteswillen — und Sie verzeihen? Haben Sie — Schmerzen?“ Sie ver-

suchte noch einen letzten Anlauf ins Deroische und lachte. Ein jedes, knabenhaft helles Lachen, das mir wonnig durchs Gebein rieselte. Ich weiß nicht — ich fühlte nun mal an Frauen dieses Herbe, entzückend Burleske. Es hat so was Erquickendes! „Schmerzen — ach wo!“ — „Log sie tapfer.“ „Wohr her linte Fuß freit ein bißel. Aber die paar Schritte schaff' ich's schon.“ — „Ist mir ja bloß wegen Mama . . . die macht sich immer gleich Sorgen um mich.“

Das letzte Wort ging unter in einem kläglichen Gezwimmer. Und plötzlich wurde sie freibeweglich und klappte zusammen. Mit meinem Taschenmesser schnitt ich den Stiel auf — befestigte den verletzten Knöchel. Er war dick angeschwollen — offenbar eine Schenkelverletzung. Keine Rede davon, daß sie den beidseitigen Weg bis ins Ziel machen konnte! Und immer schneller fiel die Dunkelheit. Was also . . . ? Keine Entschlossenheit hob ich noch. Und sie mir auf den Rücken. Klemmte mich noch ihre Eile unter den Arm. Und lachte unerschrocken talwärts. Sie war doch schwächer, als ich gedacht hätte, nach ihrem Wuch zu urteilen. Aber die Liebe verleiht mir Gigantkräfte. Gleich in der Bruch — Reges Bewußt, stampfte ich mich und verdröselte durch Kraft und Eile, aber Stod und Stein. Bis die ersten Lichter der Heinen Ortschaft uns tröstlich entgegenleuchteten und ich wieder halbwegs horizontalen Boden unter den Füßen spürte. Zum Überfließen des Glüdes kam auch noch ein leeres Hörtelchen des Reges daher, der uns bis vor ihr Hörtel brachte. Sie erlaubte mir nicht, sie in die Halle zu führen und quälte sich allein aus dem Schlitzen. „Das sieht so dumm aus — wissen Sie“, erklärte sie mit verzerrtem Lächeln. „So weiblich! Aber kommen Sie doch nach dem Abendbrot noch ein bißchen herüber ins Hotel. Wir erwarten Sie in der Halle. Mama wird sich sicher freuen. Sie können zuhause . . .“

Alle Englein langen in mir: „Mama wird sich sicher freuen.“ — „Wenn das nicht ein verführerischer Heiratsantrag war — dann heißt ich Kompa! Knapp vor Abendstich flüchte ich noch ein Blumengedächtnis. Keine alles auf, was an roten Rosen auf Lager ist. Werde mich in meinen Smoking. Und bin um 9 Uhr im Hotel. Mein Rücken schmerzte internistisch. Aber es war ein süßer Schmerz. Schwebend lag ich meine strahlenden Wände über das Rollenstüß hinweg durch die Halle schweben. Da erhebt sich aus einem Alibi eine altliche Dame. Diefelbe Liebe, altliche Dame wie normittags — droben am Sportplatz.

Sie hält in direkter Richtung auf mich zu. Streckt mir wohlwollend die Hand entgegen und lacht sehr freundlich. „Sie sind Herr Heilig — nicht wahr? Vielen, vielen Dank für Ihre Freundlichkeit. . .“ Leider kann mein Sohn nicht herunterkommen. Sein Fuß schmerzt zu sehr! . . .“

Besselnder Inhalt.

erschöpfende Berichterstattung aus Politik und Leben, aus Heimat und Welt, sorgfältige Beobachtung des kommunalen Geschehens, gediegene Pflege des Sports und der Unterhaltung, nachdrückliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Interessensvertretung der Leserschaft, machen den Herner Anzeiger zu dem Blatt der Ansprüche-vollen.

Wer den Herner Anzeiger seinen Freunden empfiehlt, dient einer guten Sache, dient sich und allen. Eine wachsende Bezieherzahl kommt dem weiteren Ausbau unseres Blattes zugute, es kann dann noch stärker die weltanschaulichen, geistigen und wirtschaftlichen Interessen des Lesers vertreten. Je mehr wir uns denken und fühlen, desto wirksamer sind unsere gemeinsamen Ziele geistigt!

Eine gute Zeitung nicht nur lesen, eine gute Zeitung auch weiterempfehlen! Treten auch Sie ein für den Herner Anzeiger!

Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Bezugspreis: halbmöndlich nur 1,08 RM.

Italienische Sanfte seinem Gegner einen mächtigen Helfen...

Aus der katholischen Welt

Die offizielle Geschäftsstelle für Jubiläumsfahrten im Anno Santo 1933-34...

Zum deutschen Katholikentag in Wien

erschienen die offiziellen Mitteilungen über Mitbestimmung...

Hirtendirekt zur politischen Lage

Freiburg, 14. Febr. Erzbischof Dr. Stöcker hat ein Hirtendirekt...

Das Kardinals-Kollegium

Rom, 14. Febr. Mit der vom nächsten Geheimkonkordat...

Trauerfeier in Neunkirchen

Neunkirchen, 14. Febr. Die Straßen der Stadt sind mit den preiswürdigen und...

Eine unüberhörbare große Trauerfeierung hat sich heute nachmittags...

Generalsuperintendent der Rheinprovinz D. Stollenhoff (Koblenz)

Er erinnerte daran, daß kaum das Leid, das die furchtbare...

Nach dem von der Feuerwehrgesellschaft geleiteten Choral...

b. h. es bleiben noch 12 Kardinalsstühle frei. Danach wird das...

Staatssekretariat für Handwerk

Berlin, 14. Februar 1933.

In der Besprechung, die der Reichswirtschaftsminister...

Einzug eines Staatssekretariats für den Mittelstand...

Die des mittelständlichen Kredits

besprochen. Eugenbergs wies darauf hin, daß er Reis die...

Opferteil-Unterstützungsausschuß

Berlin, 14. Februar 1933.

Durch die Auflösung des Reichstags und seiner Ausschüsse...

Das Ehrengrab

gestanden, ein gemeinsames Grab für alle Katholiken auf...

Nach der Ankunft auf dem Friedhof soll die katholische...

Jehntausende von Menschen waren im Laufe des Dienstags...

Nach fünf Tote geborgen

Neunkirchen, 14. Febr. Die Aufräumarbeiten wurden...

Wintergewitter und Schneestürme

Breslau

Breslau, 14. Febr. In den Morgenstunden des Dienstags...

Gleiwitz

Gleiwitz, 14. Febr. Der Witterungsbericht zeigt, daß...

Berlin

Berlin, 14. Febr. In den Morgenstunden des Dienstags...

Sechs Tote bei einem Erdbeben

Madrid, 14. Febr. Bei Aufräumarbeiten in der Nähe...

Anzeiger

Abt. Kreis Herne

Die Anzeiger

Zeitungsmarkt, die Anzeiger...

Februar 1933

28. Jahrgang

Mahnruf über Verbände

Die Komitee in erster Anstrengung seit Jahren...

Beim Bergleute verjüngt

Grubenunglück in Oberschlesien / 2 Bergküttel geben Lebenszeichen

Hindenburg, 14. Februar 1933.

Auf der „Königin-Luise-Grube“ in Offeld ging heute...

Die Katastrophe in Kanju

London, 14. Febr. Die „Times“ melden aus Peking...

ohne weiteres mit der Ernennung der Reichskommissare...

Rechtsrat vor dem Staatsgerichtshof

feinen Zweck habe, Einungen im Reichsrat abzuhaken...

240 Kanonen nach Südflawien geliefert

Rom, 14. Febr. Das italienische „Giornale d'Italia“...

12 Todesopfer schlechten Alkohols

Budapest, 14. Febr. Nach einer Meldung aus Szeged...

Erdbeben in einer argentinischen Stadt

Buenos Aires, 14. Febr. Die Stadt Tucuman in Argentinien...

Provinzialles

Die Bluttat in Dortmund-Mellau aufgedeckt

Dortmund, 14. Febr. Wegen der Bluttat in Dortmund...

Eine Mutter geht mit ihrem Kind in den Tod

Sollingen, 14. Febr. Die letzte Sonntag verbrachte...

Polizei schließt auf einen Fahrraddieb

Gitterloch, 14. Febr. Der Arbeiter Partig, der bereits...

Witterungsbericht

Die gestern bis zur normalen Höhe gelangte arktische...

Zusammenfasse in einer Verammlung der Eisenen Front

Halle, 14. Febr. Am Montagabend hielt die Eisenen Front...

Zwei Todesopfer in Braunschweig

Braunschweig, 14. Febr. Die Zwölfenfälle am Sonntag...

